

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.  
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.  
einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und  
72 Pf. Postbetriebsgebühren. Zustands-  
abonnement 6,- M. pro Monat; für  
Länder mit ermäßigtem Druckschick-  
porto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Montags  
einmal. Die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“ illustrierte Beilage „Welt  
und Zeit“, „Berliner Frauenstimme“,  
„Technik“, „Wald in die Bäume“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. O. u. Dtsch.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die einseitige Konvertierung  
des Reichsmarkes in Reichs-  
marken, „Kleine Ausgaben“ des jetzige-  
druckten Wortes (täglich zwei  
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Stellengelder das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
gebäude: Dönhofsstr. 3, wochenttäglich  
von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

# Einigung London-Paris.

## Henderson und Alexander nach Rom weitergereist.

Paris, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Einigung in den englisch-französischen Flottenverhandlungen ist, wie zu erwarten war, am Dienstagabend erzielt worden. Der englische Außenminister Henderson und der erste Lord der Admiralität Alexander sind daraufhin sofort nach Rom abgefahren, um dort über den Beitritt Italiens zu dem Flottenkompromiß zu verhandeln.

Wie ein amtliches französisches Communiqué erklärt, werde sich die Bedeutung der in Paris erzielten Ergebnisse erst dann voll beurteilen lassen, wenn die Zustimmung Italiens dazu vorliege.

### Keine englischen Gegenleistungen?

Paris, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die französisch-englischen Flottenverhandlungen, die durch die Reise des Außenministers Henderson und des ersten Lords der Admiralität Alexander nach Paris einen starken Anstoß erfahren haben, stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Am Dienstagvormittag verhandelten nur noch die Marinefachverständigen der beiden Länder, ein Beweis dafür, daß man sich bis auf einige technische Details einig geworden ist. Nach einem eiligen Frühstück am Quai d'Orsay traten die Sachverständigen erneut zu einer Sitzung zusammen, während Briand und Henderson noch einige Augenblicke in intimer Aussprache miteinander blieben. Kurz vor 5 Uhr begann in der englischen Botschaft die als abschließend angekündigte Vollziehung aller Verhandlungsleistungen.

Der Kampf der letzten Stunde drehte sich, wie schon berichtet, in der Hauptsache um drei Punkte: Die Engländer versuchten die bereits auf 840 000 Tonnen herabgeschraubte Gesamtonnage der französischen Flotte noch um 10 bis 20 000 Tonnen zu vermindern. Auch verlangten sie, daß Frankreich für die Herabsetzung seiner U-Bootsflotte von 98 000 Tonnen auf rund 60 000 Tonnen sich keinen Ersatz in Torpedobooten und leichten Zerstörern zu schaffen suche. Endlich forderten sie den Verzicht auf den Bau des für dieses Jahr schon bewilligten 23 000-Tonnen-Panzerkreuzers.

Im übrigen aber hat man sich vor allem darüber geeinigt, daß Frankreich jetzt dem Londoner Flottenabkommen beitrete, allerdings unter der ausdrücklichen Berufung auf eine Garantieklausel, die ihm gestatten soll, seine Seerüstungen zu erhöhen, falls

Italien versuchen würde, die jetzt noch bestehende Spanne von 150 000 Tonnen zwischen beiden Flotten zu vermindern. Italien scheint über die Pariser Verhandlungen nicht direkt auf dem laufenden gehalten worden zu sein. Trotzdem glaubten die englischen Unterhändler versichern zu können, daß es sich damit einverstanden erklären dürfte.

Was nun aber die englischen Gegenleistungen angeht, wie sie Frankreich aus seinen Konzessionen in der Seerüstung erhofft hatte, so scheint man in Paris wieder einmal die Rechnung etwas voreilig gemacht zu haben. Wie verlautet, sollen sich die englischen Unterhändler recht unzugänglich gezeigt haben. Sie sollen sogar erklärt haben, daß Frankreich ihnen im Gegenteil dankbar sein müßte, weil es der englischen Vermittlung gelungen sei, den Flottenstreit mit Italien aus der Welt zu schaffen.

### Italien lenkt ein.

Rom, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Der die Öffentlichkeit überraschende Besuch des englischen Außenministers in Paris wurde der römischen Regierung vorher auf dem diplomatischen Wege telephonisch angekündigt. Die italienische Presse, die bisher starr und heftig an den Forderungen nach völliger Gleichheit in der Flottenstärke mit Frankreich festhielt, hat am Dienstag zum erstenmal ihren Ton völlig geändert. Die Weisung von oben ist klar ersichtlich. Nach den Informationen des Korrespondenten des „Sozialistischen Pressedienstes“ ist ein wichtiger Umschwung eingetreten. Die Geneigtheit Italiens, mit Frankreich endlich zu einem Abkommen in der Flottenfrage zu kommen, ist gewachsen. Man dürfte sogar den entscheidenden Schritt machen, zum erstenmal die Forderung nach völliger Gleichheit in der Flottenstärke fallen zu lassen. Natürlich wird das nicht prinzipiell geschehen, aber tatsächlich. Der moralische Druck der Londoner Arbeiterregierung, die auf keinen Fall den Londoner Flottenpakt und die Abrüstungskonferenz zu Fall kommen lassen will, wirkt dabei ebenso stark mit wie die finanzielle Lage, die ein wahnwitziges Beitreten nicht erlaubt. Ist einmal dieser entscheidende Schritt getan, die Idee der Flottengleichheit bis auf weiteres beiseite zu lassen, dann zeigen die jetzigen Verhandlungen darüber, ob Frankreich 150 000 Tonnen oder weniger an Lebergewicht über Italien in seiner Flottenstärke erhält, nicht mehr unüberwindbare Schwierigkeiten. Im Zeichen der Rüstungspause kann dann endlich die Abrüstungskonferenz zusammentreten, die nach den Worten Hendersons über das künftige Schicksal Europas entscheidet.

Der Präsident teilte mit, daß der Antrag sich dadurch erledigt habe, daß der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrat auf eine besondere Entschädigung verzichtet habe, da die den einzelnen erwachsenen besonderen Kosten wie für Nachfahrt usw. bereits ersetzt worden seien.

## Der „Führer“ im Thälmann-Kreis. Wegen Totschlag verurteilt.

Stuttgart, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Karl Foerster, der Führer der kommunistischen „Arbeiterwehr“ in Konstanz, wurde vom Stuttgarter Schwurgericht wegen Totschlages zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in der Nacht vom 5. zum 6. Dezember den Hausmeister Stumpff von der Realschule Konstanz mit zwei Faustschlägen an den Kopf so heftig zu Boden geschlagen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Stumpff war dem Foerster und seinen Begleitern entgegengetreten, als sie Plakate am Schulhaus anheften wollten. Foerster erwiderte sich in der Verhandlung als ein Mann, der wegen Diebstahls, Körperverletzung und Rädigung schon schwere Strafen erlitten hat. Der Gerichtsarzt bezeichnete ihn als einen brutalen und zu schweren Zornesausbrüchen geneigten Menschen. Einem solchen Mann übertragen die Kommunisten die Führung ihrer „Arbeiterwehr“.

Montag, 2. März, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr,  
„Sportpalast“, Potsdamer Straße 72:

Otto Braun, Preußischer  
Ministerpräsident  
Pietro Nenni, Italien

(Verfasser des Buches „Todeskampf der Freiheit“)

Einlaßkarten bei den Funktionären.

Bezirksvorstand.

## Fünf Millionen arbeitslos.

### Die Auswirkung des Lohnabbaus.

Die neuen Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung bedeuten noch keine Besserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Berichtsjahr noch um rund 155 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist bis zum 15. Februar um rund 48 000 auf rund 2 602 000 gestiegen. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme ist auf die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtag rund 861 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 000 am 31. Januar gezählt.

Von den verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Februar bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4 991 000 arbeitslos, rund 1 600 000 mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Trotz des milden Winters ist also nicht die von den Unternehmern vorausgesetzte Abnahme der Arbeitslosigkeit als Folge der Lohnsenkung eingetreten, sondern — wie vorauszusehen war — eine außerordentliche Verschärfung. Die Zunahme um rund 106 000 gegenüber dem 31. Januar fällt zu 2,8 Proz. den Saison-Außenberufen zur Last, während in den übrigen Berufsgruppen eine Zunahme um 1,7 Proz. zu verzeichnen ist. In den Steinkohlen- wie in der Braunkohlenindustrie hat sich der Absatz verschlechtert. Entlassungen und starke Zunahme der Forderungen, vor allem Ruhrgebiet, waren die Folge. Auch die Kalkindustrie ging zu Betriebs Einschränkungen und zu Kurzarbeit über. Eine leichte Entspannung des Arbeitsmarktes zeigte sich der Saison entsprechend mehrfach in der Bekleidungsindustrie, vor allem in der Konfektionsindustrie Brandenburg und Schlesiens.

### Abgebligte Demagogen.

#### Angestelltenfürsorge, die keine ist.

Der Vorstand des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem nationalsozialistischen Antrag, dem gesamten Personal des Reichstags für die Nachsorge vom 9. zum 10. Februar eine Entschädigung von je 15 Mark zu gewähren.

## Schieles Programm.

### Die Schwierigkeiten seiner Durchführung.

Das von der Reichsregierung verabschiedete neue Agrar-gesetzgebungswert wurde am Dienstag vom Reichsernährungsminister Schiele vor dem Reichstag erläutert.

Im ersten Abschnitt des sechs Abschnitte umfassenden Agrarprogramms wird der schon bekannte Reichsbestellungsplan, d. h. die weitere Einschränkung des Roggen- und Haferanbaus und die Verwendung der frei gewordenen Flächen zur Ausdehnung des Weizen-, Gerste-, Getreide- und Hülsenfruchtanbaus sowie die Ausdehnung der Grünlandwirtschaft dargelegt. Gegenüber dem Vorjahr ist durch die enorme Leberhöhung der Weizenpreise der Roggenanbau um eine halbe Million Hektar eingeschränkt und dafür der Winterweizenanbau um 125 000 Hektar ausgedehnt worden. Durch eine weitere Erhöhung der Weizenpreise (schon jetzt kostet der Zentner Weizen 6 M. mehr als der Roggen) will man nun erreichen, daß möglichst viel von der freigewordenen Roggenfläche mit Sommerweizen bestellt wird. Denn in dem Programm steht ausdrücklich, daß durch eine entsprechende Preispolitik ein privatwirtschaftlicher Anreiz für die Produktionsumstellung geschaffen werden soll.

Der zweite Abschnitt behandelt die Absatzverhältnisse. Es ist in Aussicht genommen, zu dem Standardisierungs- und zum Milchgesetz Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Auch ist in ihm von dem unmittelbar vor dem Abschluß stehenden Zusammenstoß der Zuckerrindvieh- und der Rinde. Warum diese drei Gesetze bzw. die Durchführungsbestimmungen noch einmal in dem neuen Agrarprogramm erwähnt sind, ist nicht recht ersichtlich, denn die Gesetze sind schon längst in Kraft und kein Mensch hat Herrn Schiele daran gehindert, die notwendigen Durchführungsbestimmungen zu treffen. Es wäre aber besser, anstatt andauernd von den notwendigen Verbesserungen des landwirtschaftlichen Absatzwesens, wie Standardisierung und Milchgesetz zu reden, endlich einmal etwas zu tun. Auch sollen besondere Mittel vorgeesehen werden zur Förderung der Kartoffeltrocknung, zur Unterbringung der überschüssigen Zuckermengen auf dem Wege der Verfütterung und zur stärkeren Anspannung des Brennrechts. Das letztere heißt wohl Erhöhung der Beimischungsquote von Kartoffelspiritus zu Benzin, wodurch der Treibstoff verteuert und damit der Kraftwagenverkehr zum Nutzen der Schnapsbarone verteuert wird. Schließlich ist die Milchwirtschaft nicht vergessen, denn pasteurisierte Milch soll von der Umsatzsteuer befreit werden.

Im dritten Kapitel des Agrarprogramms ist die Beeinflussung des Verbrauchs behandelt. Die Verarbeiter von Kasein, Fleisch und Zichorie sollen gezwungen werden, einen bestimmten Prozentsatz deutscher Rohstoffe zu verbrauchen. Hoffentlich kommt es nicht so weit, daß man zwangsmäßig jedem Kaffeetrinker Zichorienbrühe gewaltsam einflößt. Den Absatz von deutschem Kasein brauchte man durch gesetzlichen Zwang gar nicht zu beeinflussen, wenn die Produktionsmethoden verbessert würden, denn der Absatz ist nur deswegen so gering, weil deutsches Kasein gegenüber ausländischem von äußerst geringer Qualität ist. Um den Holzabsatz zu heben, soll bei allen Bauten, die mit öffentlichen, insbesondere Hauszinssteuermitteln errichtet werden, grundsätzlich nur heimisches Holz verwendet werden.

Der vierte Abschnitt ist der bedenklächlichste, denn durch ihn soll die Regierung ermächtigt werden, gleitende Zölle, die bisher nur für Getreide bestanden, für alle agrarischen Produkte, also Fleisch, Molkereiprodukte, Eier, Hülsenfrüchte und die Erzeugnisse der Forstwirtschaft einzuführen. Dieses Ermächtigungssystem soll sich nach Schiele bei den Getreidearten voll bewährt haben. Jedenfalls ist der Erfolg der, daß der Weizen, bei dem es sich besonders durch die Erhöhung der Zölle auf 25 M. je Doppelzentner ausgewirkt hat, jetzt bereits im Rheinland 300 M. die Tonne kostet. Besonders bedenklich ist aber die Ausdehnung dieses Ermächtigungsgesetzes auf die Veredelungsprodukte und auf Obst und Gemüse, denn nur bei einigen dieser Waren kann die Reichsregierung die Zölle von sich aus erhöhen. Fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind in Handelsverträgen gebunden, so Obst und Gemüse in den Handelsverträgen mit Frankreich, Jugoslawien, Italien, Belgien und Holland, Kasein im Handelsvertrag mit Frankreich und der Schweiz, Eier im Handelsvertrag mit Italien und Jugoslawien, Holz im Handelsvertrag mit Österreich und Schweden.

Entweder bedeutet also die Erhöhung der Zölle auf diese Waren Kündigung der Handelsverträge und Zollkrieg oder Verhandlungen mit diesen Staaten und Bewilligung von Einfuhrkontingenten. Denn sonst werden die Handelsvertragspartner kaum geneigt sein, einer Erhöhung der Zölle zuzustimmen. Eine Durchbrechung unseres gesamten Handelsvertragsystems wäre damit verbunden. Die Gefahr wird etwas vermindert dadurch, daß nicht der Reichsernährungsminister allein ermächtigt wird, die Zölle zu erhöhen, sondern daß das Reichskabinett diesen Beschluß fassen muß, so daß also auch die Industrieinteressen zur Geltung kommen werden.

Im fünften Abschnitt wird die Regierung ermächtigt, das Einfuhrzollsystem, das uns 104 Mill. Mark jährlich gekostet

# Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

## Reichstagsrede Tempels. — Schiele gegen Hitler-Hugenberg's Bauernverheerung.

hat, unter Einbeziehung von Holz zu verlängern. Im sechsten Abschnitt befaßt sich das Agrarprogramm der Regierung mit besonderen Maßnahmen zur Überwindung der Saison-schwankungen der Preise. Ob hierdurch etwas gebessert werden kann, ist sehr zweifelhaft, denn eine Regelung des Angebots kann nur durch die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Erzeuger in Genossenschaften erfolgen. Diese läßt sich aber nicht durch Gesetze erzwingen, sondern nur durch wachsende Einsicht der Landwirtschaft.

So weitgehende Zollerhöhungen, wie sie dies Programm vorsieht, sind in der Hand einer jeden Regierung ein gefährliches handelspolitisches Instrument. Herr Schiele hat in seiner Reichstagsrede Gedankengänge entwickelt, die mit dem bisherigen handelspolitischen Kurs des Reiches durchaus nicht übereinstimmen. Er ging so weit, daß er in seinen Ausführungen die Perspektive einer völligen Loslösung Deutschlands aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen andeutete und die Illusion vertrat, als könne Deutschland als sich selbstversorgender Staat ohne Beziehungen zum Weltmarkt existieren. Man braucht nicht anzunehmen, daß die handelspolitischen Gesichtspunkte des Herrn Schiele zugleich den Absichten des gesamten Reichskabinetts entsprechen. Immerhin ist es Herr Schiele in den schwierigen Beratungen des Kabinetts gelungen, seine wesentlichsten Ermächtigungs-forderungen durchzusetzen trotz des großen Widerstandes, den ihm ein Teil der Kabinettsmitglieder entgegensetzt hat. Die Ermächtigung soll dem Gesamtkabinet gegeben werden. Ob Herr Schiele im Kabinet seine Forderungen durchsetzen kann, wenn es um die Anwendung der Ermächtigung geht, das ist eine politische Tatfrage.

Welche Absichten Herr Schiele im einzelnen verfolgt und wogu er das Kabinet auf Grund der Ermächtigung glaubt gewinnen zu können, ist im Augenblick noch nicht erkennbar. Dem Reichstag liegt im Augenblick nur das allgemeine Ermächtigungsverlangen vor. Nach der Begründung, die Herr Schiele diesem Verlangen gegeben hat, wird es sich hier um eine Entscheidung handeln, die von großer und entscheidender Bedeutung für die deutsche Handelspolitik wie für die deutsche Gesamtpolitik der nächsten Zeit sein wird. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß die Entscheidung des Reichstags dem Verlangen des Reichsernährungsministers sofort auf dem Fuße folgen wird. Die Beratungen im Kabinet sind zwar abgeschlossen. Aber die wichtigen und entscheidenden Beratungen im Parlament werden nun erst beginnen müssen!

## Die SA-Wirtschaft in Braunschweig. Franzosen beschäftigt Schupo als Straßenlehrer.

Braunschweig, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Neuer neue Einzelheiten über die Ausschaltung der Polizei durch die SA Hitlers am vergangenen Sonnabend und Sonntag werden bekannt. Als ein Polizeibeamter aus einem Halenkreuzzug einen Rohling feststellen wollte, der mit einem Haus-schlüssel einen Zuschauer verlegt hatte, wurde er bei dieser Handlung von SA-Leuten gehindert und mit Fußstapfen traktiert. Nachdem gelang es dem Polizisten, den schuldigen SA-Mann zu fassen. Hierauf trat der Abteilungsleiter der SA hinzu und erklärte, der Mann dürfe nicht festgenommen werden. Minister Franzosen habe Anweisung gegeben, daß keine Leute vorgeführt werden sollten. Einige andere, wegen Prügelei festgenommene SA-Leute wurden nach einem telefonischen Anruf des Nazi-Bandführers Jörner freigelassen.

Der „Volksfreund“ weist ferner darauf hin, daß am Montagmorgen, als die Stadt Braunschweig in einem unerhörten schmutzigen Zustand von den Nazihorden verlassen worden war, die Schupo-Polizisten den dienstlichen Befehl erhielten, das Stroh beiseite zu schaffen, auf dem die Parteifreunde Franzosen kampiert hatten.

Ueber die Teilnehmerzahl gehen die Schätzungen der eigenen Nazilorgane weit auseinander. Die braunschweigische Polizei hatte auf „ungefähr 7000“ geschätzt. Das hannoversche Hitler-Organ schreibt von 10.000. Goebbels im „Angriff“ macht daraus 40.000 und der „Völkische Beobachter“ in München gar 60.000 Teilnehmer.

## Sparfamkeit am falschen Ende. Zuschuß für die Hochschule für Politik gestrichen.

Nach während des Plenum lagte, begann der Haushaltsausschuß wieder mit der mittags abgebrochenen Einzelberatung des Haushalts des Innern. Bald kam es zu einem auffälligen Beschluß. Abg. Gerete (Landvolk) beantragte die Streichung des gesamten Reichszuschusses (100.000 Mark) an die Hochschule für Politik. Für die Streichung stimmten mit dem Landvolk, den Christlich-Sozialen und der Wirtschaftspartei die Volkspartei — mit Ausnahme des Abg. von Kardorff — und das Zentrum — mit Ausnahme des Abg. Dr. Schreiber.

Der Vertreter des Zentralnachweises für Kriegsgreifer berichtete, daß in Frankreich noch tagtäglich Tote gefunden würden. Die Finder erhalten eine Prämie von 5 Mark. Sehr oft werden bei diesen Leichen noch Erkennungsmarken gefunden. Die Toten werden dann endgültig befristet. Frau Bohm-Schuch (Soz.) fragt, ob aus den dürftigen Friedhöfen Flandern immer noch Tote in die großen Sammelriedhöfe gebracht werden. Dazu wurde erklärt, daß dort, wo die Gräber von den Kommunen ordentlich gepflegt werden, die Toten nicht umgebettet würden.

Beim Kapitel Filmoberprüfungen sprach Frau Bohm-Schuch über die eigenartige Zusammensetzung der Spruchkammer, die den Remarque-Film verboten hat. Bei solchen Filmen wie „Frauenglied — Frauennot“ müßte auch eine Frau, die selbst Mutter ist, in die Spruchkammer berufen werden. Unerträglich sei die Hey- und Kriegspropaganda, wie die der USA, die vergangene Weihnachtszeit während der Feiertage als „Weihnachtsfreude für alle“ Kriegsflüchtlingsbrüche. Im übrigen müßte sofort das bestehende Lichtspielgesetz dahin geändert werden, daß öffentlich verbotene Filme in geschlossenen Gesellschaften aufgeführt werden können. Die Sozialdemokratie werde im Plenum einen entsprechenden Antrag einbringen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, bei der Technischen Hochschule 100.000 Mark zu streichen, wurde nach eingehender Begründung durch den Abg. Sellmann angenommen.

Abg. Sellmann erörterte bei dem Republikfondsfonds auch den Braunschweiger Polizeiministerkandal, wo der skandalöse Abenteuerer Hitler den nationalsozialistischen Polizeiminister angewiesen hat, einem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung seiner Pflichten zu unterlegen. Der Minister Wirth erklärte, daß er die Vorgänge bisher erst aus den Zeitungen kenne. Heute gehe an die braunschweigische Regierung ein entsprechendes Schreiben ab.

Am Reichstag begann die Dienstagnachmittags-Sitzung mit einer Protestrede des Abg. Ulrich (Komm.) gegen das Demonstrationverbot für den 25. Februar. Er verlangt sofortige Beratung eines Antrages, dieses Verbot aufzuheben. Im übrigen, schließt der Redner, werden die Arbeitlosen am 25. so demonstrieren, daß die Herrschenden in ihren Palästen erzittern.

Das Verlangen der Kommunisten scheiterte am Widerspruch aus der Mitte und rechts. Vor den nun folgenden Abstimmungen gibt

### Abg. Rossmann (Soz.)

zum Verjüngungsetat folgende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion zu einem A.P.D.-Antrag ab:

Die Ansprüche aus der Kriegsversorgung beruhen im wesentlichen auf gesetzlich festgelegten Rechtsansprüchen. Weder eine Erhöhung noch eine Verminderung der Ansprüche im Etat ist möglich ohne eine vorherige Veränderung des Reichsversorgungsgesetzes, des Kriegspersonalbeschäftigungsgesetzes, und der Pensionsgesetze. Die Veränderung der Ansprüche des Etats, auf die sich der kommunistische Antrag beschränkt ist deshalb praktisch ohne jede Bedeutung. Da sich die sozialdemokratische Fraktion infolge der Verantwortung, die sie gegenüber den Kriegsoffizieren empfindet, nicht den Vorwurf einer bewußten Irreführung ausweichen möchte, lehnte sie den Antrag ab. Diese Haltung deckt sich mit der Stellung, die die Sozialdemokratie bereits im Haushaltsausschuß eingenommen hat. (Gegenrufe der Kommunisten.)

Der Haushalt wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die weiteren, schon beratenen Haushalte. Es folgt der kommunistische „Millionärsteuerantrag“.

Abg. Effer (3.) — von den Kommunisten mit „Aha“ und „Oberschieber“ begrüßt — beantragt die Ueberweisung an den Steuerauschuß.

### Abg. Dr. Herz (Soz.)

verweist auf die sozialdemokratischen Anträge vom 22. November und 5. Dezember, die eine schärfere Besteuerung nach dem Verbrauch, der Spekulationsgewinne, der Aufsichtsratsanteile und der hohen Einkommen vorschlagen. Herz fährt fort: Der kommunistische Antrag geht zum Teil in der gleichen Richtung. Deshalb haben wir am 9. Dezember 1930 dem Antrag zugestimmt und nehmen wir heute die gleiche Haltung ein.

Die sozialdemokratischen Anträge sind inzwischen dem Steuerauschuß überwiesen worden. Da andere Parteien auch eine Ausschlußberatung für den kommunistischen Antrag wünschen, und dadurch zugleich die sozialdemokratischen Anträge erledigt werden können, stimmen wir dem Antrag auf Ausschlußberatung zu. (Beifall der Soz. — Lärm der Komm.) Ihr Geschrei gegen eine Ausschlußberatung zeigt nur, daß es Ihnen mit Ihren Anträgen gar nicht Ernst ist. (Beifall der Soz. — Lärm bei den Komm.)

Abg. Stöcker (Komm.) behauptet, die Sozialdemokraten wollten sich vor der Abstimmung drücken und die jetzt vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit nicht ausnützen. Nur wegen der Anwesenheit der Nationalsozialisten hätten die Sozialdemokraten am 9. Dezember v. J. im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung für den Antrag gestimmt.

Abg. Effer (3.) — von den Kommunisten minutenlang durch lärmende Zurufe überschrien — hält den Antrag auf Ausschlußberatung aufrecht, da die Verhältnisse zur Beurteilung des kommunistischen Antrags sich seit dem 9. Dezember wesentlich verändert haben.

Der Antrag Effer wird gegen die Stimmen der Kommunisten und unter deren anhaltendem Lärm angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Landwirtschafts- und Ernährungshaushalts fortgesetzt.

### Minister Schiele

— vom Geschrei der Kommunisten und den Sprechchor „Internationale“ begrüßt, wogegen Präsident Lohde mehrmals Mahnungen richtet — beginnt mit einer allgemeinen Einleitung. Da die Kommunisten wieder Chöre veranstalten, schließt der Präsident die Abg. Grube und Maddalena aus. Grube ruft beim Hinausgehen nochmals „Hungerrminister“ und wird dafür auf drei Sitzungen ausgeschlossen. Der Minister führt dann etwa aus: Nur durch Einziehung aller Berufsinteressen in eine politische Einheitsfront kann ein starker Wille und eine erfolgreiche Führung erwachsen. 80 bis 90 Proz. unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden im Inland abgesetzt, also viel mehr als im Ausland, somit muß die Ordnung und die Befestigung des Binnenmarktes der Förderung des Außenhandels vorausgehen, und wird diese erst ermöglichen. Das hat auch der Reichsaussenminister in Genf ausgesprochen.

Es ist nun ein Zufall, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit, der Nahrungsmittelzufuhr, der landwirtschaftlichen Verschuldung und die Reparationszahlungen sich ungefähr decken?

Helfen Sie die Landwirtschaft von der Vorkerrschaft der Export- und sozialpolitischen Interessen befreien. Es zeigen sich bereits sehr ernste Zeichen vom Erlahmen der Landwirtschaft, so in dem sehr starken Rückgang des Abfahrs von Rindvieh, von Elektrizität, von Kohle. Daraus erkennt man die Verflechtung der Industrie und des Binnenmarktes mit der Landwirtschaft. Die Bedrohung der Ernährungsgrundlage trifft alle.

In den letzten Jahren haben wir Raubbau an unserem edelsten Gut getrieben; die Auslandsverschuldung unserer Landwirtschaft ist das stärkste Zeichen der Kapitalentziehung. Seit 10 Jahren ist nicht die nötige Sorgfalt angewendet worden, besonders aber seit dem Kriseneinbruch von 1929 nicht.

Das Regierungsprogramm ist in enger Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Organisationen ausgearbeitet, die Hauptaufgabe bei seiner Durchführung fällt den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu. Dann erst können Zollerhöhungen den richtigen Nutzen haben, wenn diese Organisationsarbeit vollendet ist und wenn neben den Steuer- und Sozial- auch die Zinslasten der Landwirtschaft gesenkt werden, die heute doppelt so hoch sind wie vor dem Kriege.

Die Reichsversicherung wird die Initiative zur Zinsentlastung ergreifen

und gemeinsam mit dem Hauptverband landwirtschaftlicher Genossenschaften vorgehen. Die Unpopulärheit fruchtiger Agrarpolitik wird die Reichsregierung darin nicht beeinträchtigen. Gewissen Gegenmeinungen im Konjunkturtag halte ich in rücksichtsloser Sachlichkeit entgegen, daß der Index der landwirtschaftlichen Produkte auf 107 Proz. steht, die Industrielöhne und -waren aber auf 150 bis 160 Proz. Diejenige Preisabbaufolge man der Landwirtschaft nachmachen. Die Spannung zwischen den Produzenten- und den Kleinhandelspreisen ist immerhin um ein Fünftel gesenkt worden. Die Landwirtschaft fordert nur das Unerlässliche.

Die Arbeiterschaft hat sich schon bereit erklärt, für die Erhaltung der Landwirtschaft Opfer zu bringen.

Wer kann angesichts der Weltkrise noch glauben, den Export durch handelspolitische Mittel zu fördern? Bei 10 Millionen Erwerbslosen ist der Kampf um die Weltmärkte ausichtslos und die Erhaltung des eigenen Volkes, die Sicherung seiner Ernährung viel wichtiger. Exportieren wir unter dem Inlandspreis, so drücken wir — wie auch in der „Völkischen Zeitung“ anerkannt worden ist —, das eigene Volk und schwächen den Binnenmarkt, dem wir eine ganz andere Bedeutung geben müssen als bisher.

Natürlich kann von einer plötzlichen Abkehr von der Handelsvertragspolitik keine Rede sein, zu Verhandlungen über die Aenderung bestehender Handelsverträge ist die Reichsregierung bereit. Hierbei kündigt der Minister an, daß die Reichsregierung vom Reichstag die Ermächtigung verlangen werde, von den Zolltariffen abzuweichen.

Das Regierungsprogramm — dessen Inhalt der Minister erläuterte — geht bis an die Grenze des heute Möglichen, enthält aber auch das für die Landwirtschaft unerlässlich Notwendige, diese steht darin, was sie erreichen kann, wenn sie entschlossen auftritt.

In voller Einmütigkeit mit der „Grünen Front“ führe ich mein Amt — alles andere ist Schwindel — (Hört, hört!) und arbeite wie im Kabinet unter der Leitung des Reichskanzlers.

Ich verstehe die schweren Krankheitssymptome notleidender Volksmassen, auch des Bauernstandes, aber weil ich die Gefahr eines Widerstreits zwischen Bauernstand und Staat kenne, darum bleibe ich gegen den Agrarabfällismus bei meiner positiven Politik und jage nicht nach unerreichten Zielen, die in der Reichsstraße oder sonstwo liegen. Beschimpfungen aus dem eigenen Freundeskreis, parteipolitische Heereien werden mich nicht beeinflussen. (Beifall rechts.)

### Abg. Tempel (Soz.):

Die Sozialdemokratie hat in all den Jahren, in denen man ihr Verantwortung und Mitwirkung in der Gesetzgebung und am Staatsaufbau ermöglicht hat, sich bemüht, für die Landwirtschaft zu tun was möglich war. Wir haben das nicht getan, den Landwirten zuliebe, auch nicht in unseren parteipolitischen Interesse, sondern, weil so gehandelt werden mußte, unter dem ehernen Zwang der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wenn auch die Landwirtschaft nicht wie der Minister eben ausgeführt hat, schlechtin die Basis unseres ganzen Wirtschaftslebens ist, so stellt sie mit ihrer Produktion im Werte von etwa 15 Milliarden Mark im Jahr, und da sie 15 Millionen Menschen, einschließlich der Angehörigen, beschäftigt, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands, einen der wichtigsten Sektoren des ganzen Kreises unserer Wirtschaft dar. Jede Verkümmern oder Einschränkung dieses Sektors müßte verhängend und zerstörend auf die ganze Volkswirtschaft wirken. (Beifall rechts.)

Der Weg der Auswanderung ist den Kollektiden heute versperrt. Um so notwendiger ist es, die Landwirtschaft instand zu setzen, ihre Bevölkerung weiter zu erhalten und diejenigen, die sich dem Strom von den Dörfern in die Stadt anschließen wollen, weiter an sich zu fesseln. Aus dem wohlverstandenen Interesse des Arbeitsmarktes hat die Arbeiterschaft und haben ihre Führer sich für eine positive Förderung der Landwirtschaft ausgesprochen, auch in den schweren Jahren der Not, was der Minister auch mit seinem Wort von den Opfern der Arbeiterschaft anerkannt hat.

Der deutsche Arbeiter steht in dem Landproletariat seinen Bruder.

Auch dieser wird ausgebeutet, auch er leidet unter der Unordnung unseres Wirtschaftssystems und auch er fühlt das Unrecht unserer Gesellschaftsordnung. Darum ist der industrielle Arbeiter bereit, seinem Bruder auf dem Lande auch mit eigenen Opfern zu helfen. Professor Dessauer hat im September 1929 hier von der historischen Leistung der deutschen Sozialdemokratie für die Landwirtschaft gesprochen. Wir haben von ihr keine Dankbarkeit erwartet, aber ein wenig mehr Sachlichkeit und Gerechtigkeit haben wir allerdings erwartet. (Zustimmung der Soz.)

Heute ist die deutsche Volkswirtschaft zugunsten der Landwirtschaft mit 333 in der doppelten Höhe wie vor dem Kriege belastet. Reich, Länder, Gemeinden und Kommunalverbände lassen der deutschen Landwirtschaft an direkten und indirekten Subventionen 800 bis 400 Millionen Mark im Jahre zukommen. Auf der anderen Seite beträgt die gesamte Steuerleistung der Landwirtschaft in Reich, Länder und Gemeinden jährlich noch nicht 700 Millionen Mark. Nach den Rainerordnungen werden sich diese Erträge noch weiter vermindern.

Jedenfalls bekommt die Landwirtschaft ein Mehrfaches von dem, was sie selbst der Öffentlichkeit leistet.

Ich erhebe daraus keinen Vorwurf, sondern stelle das nur fest. Seit 100 Jahren ist für die Landwirtschaft nicht das getan und durchgeführt worden, was das jetzige und das unmittelbar vorhergegangene Reichskabinet für die Landwirtschaft getan hat. (Zustimmung. — Zuruf: Alte Versäumnisse gutgemacht!) Wer hat diese Versäumnisse begangen und in welcher Zeit? In den Jahren, in denen uns keinerlei Einfluß auf die Gesetzgebung eingeräumt war! (Beifallige Zustimmung links.)

Wenn also gegen uns der Vorwurf erhoben wird, als ob wir die Landwirtschaft zugrunde richten wollten, so hat eine solche Behauptung mit Sachlichkeit und mit Anstand nichts mehr zu tun. Der Minister hat sich gegen die äußerste Rechte gemeldet; es wäre gut gewesen, wenn er mit seiner Autorität auf dem Lande das schon früher getan hätte. Wir wissen, daß der einzelne arme Teufel auf dem Lande das Produkt seiner Umgebung ist; seit dem Aufbau des neuen Staates steht er unter dem Einfluß einer Preishege, die sich in den evangelischen Sonntagsgläubigen, den Kreisgläubigen, den landwirtschaftlichen Zeitungen austobt (Zuruf links: Hugenberg!) und die einfachen Leute glauben macht, Berlin könnte ihnen helfen, wolle aber nicht.

Der kleine Mann auf dem Lande müßte ja ein geistiges Rückgrat von Eisen haben, um dieser schändlichen Beeinflussung nicht zu unterliegen.

Aber die berufenen Organisationen der Landwirtschaft und ein großer Teil ihrer Führer sind die Schuldigen. So hat noch jüngst auf einer Tagung des pommerischen Landbundes in Stettin Herr von Köhr-Demmin behauptet, daß auch die jetzige Regierung die Rettungssituation für die Landwirtschaft bewußt sabotiert, und daß überhaupt niemals eine Regierung unter diesem System für die Landwirtschaft sein könne. (Hört, hört! und Entrüstungsrufe links und in der Mitte.)

Der Minister hat mit ganzen Regimentsen von Zahlen nachzuweisen versucht, daß die Landwirtschaft die Basis unserer Volkswirtschaft sei. Vom Standpunkt der gesamtwirtschaftlichen Interessen aus scheint uns, daß die Agrarwirtschaft in eine Sackgasse sich verrennt hat, weil sie von einem falschen Ausgangspunkt ausgegangen ist.

Von der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung entfallen 60 Proz. auf tierische Erzeugnisse, 40 Proz. auf pflanzliche, 10 Milliarden Mark auf die ersteren, 5 Milliarden auf die anderen. Daher ist ein Ausgangspunkt falsch, von dem aus man unbedingt die Stützung der Getreidepreise als die Hauptaufgabe ansieht.

Gegen die künstliche Erhöhung der Getreidepreise wendet sich die Veredelungsindustrie, von ihrem Standpunkt aus mit Recht, und fordert zum Ausgleich einen entsprechenden Schutz für ihre Produkte. Das muß uns in Gegensatz bringen zu fast allen Ländern rund um Deutschland und unsere Handelsbeziehungen gewaltig schädigen. Unser Außenhandel im letzten Jahr hat 12 Milliarden Mark betragen. Der darin enthaltene Wertexport betrifft größtenteils Agrarprodukte, ist aber im ganzen nicht ausschlaggebend. Unsere Außenhandelsbilanz war mit 1,8 Milliarden aktiv. Wir haben den englischen Außenhandel überflügelt und die Möglichkeit gehabt, in dieser Weltkrise 3 Millionen Industriearbeiter nach zu beschäftigen.

Unser Außenhandel gibt mehr Arbeitsmöglichkeit als die gesamte Agrarproduktion! Ein Verzicht unseres Außenhandels würde für uns nicht weniger verheerend sein als die militärische Niederlage.

Wir schließen uns den Warnungen an, die im Kabinet selbst erhoben worden sind. Eine Politik der künstlichen Uebersteigerung der Preise

für unsere tierischen Produkte würde dem Binnenmarkt zerstören. Wenn Eier, Butter, Fleisch und Milch noch teurer werden, so können selbst die nicht erwerbslosen Arbeiter nichts mehr kaufen; sie und erst recht die Erwerbslosen würden dann noch mehr Margarine verbrauchen und sich auf Kartoffeln und Roggenbrot beschränken müssen. Sowohl die Uebererhöhung der Getreidepreise wie der tierischen Produkte bringt uns in Wirtschaftstämpfe mit den Nachbarstaaten, fördert die Kaufkraft unserer Volksmassen ein, verringert die Nachfrage auf dem inneren Markt und treibt uns ins Chaos.

Vor einer solchen Agrarpolitik warnen wir den Minister eindringlich.

Dabei erkennen wir an, daß wir unserem Getreide- und Kartoffelbau einen gewissen Schutz gegen die katastrophalen Weltmarktpreise, die zum Teil aus politischen oder spekulativen Gründen gemacht sind, geben müssen, wenn nicht unsere Bauern ruiniert werden sollen. Wir wenden uns aber gegen gewisse Maßnahmen in der Ausführung des Vermahlungs- und Beimischungzwanges, die zu Schikanen gegen die Verbraucher werden. Den Ministern sollte es auch interessieren, daß in Thüringen Verbraucher, Arbeiter und Regierung sich geeinigt haben, diese Bestimmungen nicht mehr zu befolgen.

Die Verkoppelung der Brotgetreidepreise mit den Futtermittelpreisen hat die letzteren derartig hinaufgetrieben, daß zum Beispiel die dänische Schweinezucht nur noch die halben Produktionskosten der deutschen Schweinezucht aufzuwenden braucht.

Eine gewisse Abkühlung der Futtermittel — von den Brotgetreidepreisen müßte erreicht werden. In der Milchwirtschaft stecken Milliarden in Reservefonds, die zugunsten der Bauernschaft mobilisiert werden könnten. Das Volkereiwesen müßte durch Rationalisierung viel leistungsfähiger gemacht werden, ohne daß darum die Preise zu steigen bräuchten. Die Milchkontrollvereine sollten im Interesse einer besseren Qualität der Milch gefördert und geleitet werden. Für die Gefügelhaltung ist eine Verbilligung der Futtermittel unerlässlich. Jede Rationalisierung der Produktion und des Absatzes wird unsere Förderung finden. Wir freuen uns über die Fortschritte, die auf der „Grünen Woche“ zu sehen waren.

Der Anteil des Handels am Gesamtprodukt der Wirtschaft hat sich von 1913 bis 1927 um 5 Milliarden Mark vergrößert — ein Wirtschaftsraum, den die Produzenten zum Teil zurückgewinnen müßten.

In Nordwestdeutschland haben die Konsumvereine durch direkte Verbindung mit den Produzenten sehr gute Erfolge erzielt. Die Bauern müssen sich von dem Wahn freimachen, als ob der Staat allein ihnen helfen müßte und könnte; er kann nur die Selbsthilfe der Landwirtschaft unterstützen.

Deutschland ist heute nicht mehr ein Land der Bauern und der Handwerker, sondern ein Land der Arbeiter und der Fabriken. Daher muß unsere Agrarwirtschaft sich aufbauen auf einem gesunden Arbeitsmarkt.

Nur wenn der Arbeiter kaufen kann, dann kann der Bauer verkaufen. Wir haben stets die enge Verflochtenheit der bäuerlichen und der Arbeiterinteressen erkannt und die Arbeiterchaft hat Verständnis dafür bewiesen; das sollten auch die Bauern und ihre Organisationen tun.

Wenn sie den hundertsten Teil ihrer Energie in der Bekämpfung des neuen Staates und besonders unserer Partei anwenden würden, um ihre Berufsgenossen darüber aufzuklären,

so wäre schon viel gewonnen. Dem Minister und dem Robinet wünschen wir, daß sie gegenüber dem „Agrarradikalismus“ und seinen Schwimmparolen festbleiben. Schicksalsfragen des deutschen Volkes dürfen nicht den demagogischen Bedürfnissen einer Clique von Führern des Landbundes ausgeliefert werden! (Lebhafte, anhaltende Beifall der Sz.)

Aus der weiteren Debatte sind

die anerkennenden Gedenkworte für den verstorbenen Zentrumsführer Herold

herauszuheben, die der Zentrumsabgeordnete Blum-Cresfeld an die Erinnerung trüpfte, daß zum ersten Male seit Jahrzehnten nicht mehr Herold für das Zentrum in der Landwirtschaftsdebatte sprach.

Mit einer Rede des Abg. Meyer-Hannover (Deutsch-Hannov.) für das Regierungsprogramm schloß die Sitzung um 19 Uhr.

Zunor war noch ein kommunistischer Antrag, am heutigen Mittwoch über die Aufhebung des § 218 StGB zu beraten und die Freilassung des in Stuttgart verhafteten Arztes und Dichters Dr. Friedrich Wolff zu verlangen, abgelehnt worden.

Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte heute, 15 Uhr.

## Schmidt gegen Müller.

Der preussische Justizminister gegen einen Reichsgerichtsrat.

Die schweren Angriffe des aktiven Reichsgerichtsrats Dr. Georg Müller gegen preussische Richter, die Müller im Zusammenhang mit seiner Zustimmung zu dem Korinthischen Pamphlet „Befesselte Justiz“ im „Völkischen Beobachter“ erhoben hat, haben den preussischen Justizminister Dr. Schmidt zu einem energischen Vorgehen veranlaßt. Der preussische Justizminister hat sich an den Staatssekretär Dr. Joel, den stellvertretenden Reichsjustizminister, gewandt und diesen um ein Einschreiten gegen den Reichsgerichtsrat Georg Müller gebeten. Das Schreiben des Justizministers, das wegen seiner Bedeutung dem preussischen Richterverein und dem Republikanischen Richterbund mitgeteilt worden ist, lautet:

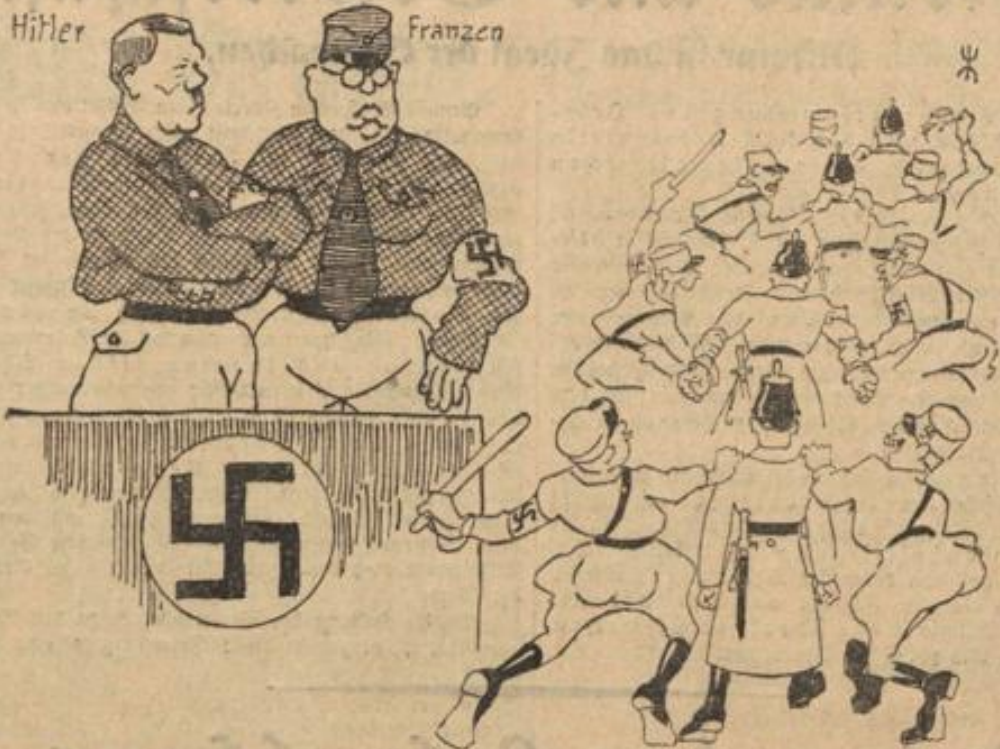
„Der in angeschlossenem Zeitungsausschnitt wiedergegebene Brief (des Reichsgerichtsrats Müller im „Völkischen Beobachter“), der auch in der Plenarsitzung des Reichstags am 14. Februar 1931 erwähnt worden ist, enthält schwerste Verunglimpfungen der preussischen Justizbehörden. Der Brief ist wiederum von dem Reichsgerichtsrat Georg Müller verfaßt, auf den ich bereits in meinem Schreiben vom 2. September 1926 die dortige Aufmerksamkeit zu lenken Veranlassung hatte.“ (Zunehmend: Schon damals hatte Müller im Zusammenhang mit der Affäre Kölling-Hoffmann Angriffe gegen Justiz und Verwaltung gerichtet, obwohl gegen Kölling damals schon ein Verfahren wegen seiner falschen Behandlung der Sache Haas eingeleitet worden war).

„Vorbehaltlich meiner eigenen etwa zu ergreifenden Schritte wäre ich für eine gefl. baldige Mitteilung dankbar, ob und gegebenenfalls zu welchen Maßnahmen gegen den Verfasser das genannte Schreiben Ihnen Einlass gegeben hat.“

Mit Rücksicht auf die Verbreitung, die der Brief des Reichsgerichtsrats Dr. Müller durch Abdruck in der Presse gefunden und in Anbetracht der Erregung, die er in den Kreisen der mir unterstellten Beamenschaft ausgelöst hat, habe ich geglaubt, eine Abschrift meines vorliegenden Schreibens den richterlichen Standesorganisationen zur Kenntnisnahme überfenden zu sollen.“

Außer diesem Appell an den Reichsjustizminister hat der preussische Justizminister auch den Reichsgerichtsrat Vinz, den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, in einem Schreiben gebeten, der Deutsche Richterbund möge doch „das Schreiben des Reichsgerichtsrats Müller nach Form und Inhalt gebührend würdigen und seine Anwürfe gegen die preussischen Justizbehörden nachdrücklich zurückweisen.“ Man darf gespannt sein, welche Schritte Reichsgerichtsrat Vinz gegen seinen Kollegen Müller vom Reichsgericht ergreifen wird.

## Aus Franzens drittem Reich.



In Braunschweig wird die Schutzpolizei von der Hitlerschen SA. arretiert.

## Heeresdebatte in Paris.

Der Berichterstatter als Zahlentänzer. — Der Kriegsminister gegen Gleichberechtigung. — Heftige Kritiken der Linksopposition.

Paris, 24. Februar. (Eigener Bericht.)

Nach langen und ausdauernden Nachsitzungen ist man am Dienstag in der französischen Kammer bei der Diskussion des Kriegsbudgets angelangt. Schon bei dem Kommissionsbericht, der von dem Abg. Bouillou-Lafont erstattet wurde, kam es zu schweren Zwischenfällen. Hauptächlich der sozialistische Abg. Choussat unterbrach den Redner immer wieder durch empörte Zwischenrufe, wobei sich die gesamte Linke der Forderung nach Herabsetzung der enormen Kriegsausgaben anschloß.

Bouillou-Lafont begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß heute die Sorge der Landesverteidigung größer sein müsse denn je. Denn Deutschland hätte den Versailler Vertrag sehr gut gelesen und kein Mittel ungenutzt gelassen, das seiner Landesverteidigung zugute kommen könnte. Frankreich verfüge nur noch über die Hälfte des stehenden Heeres von 1914, während die Kriegsausgaben um rund 18 Proz. herabgedrückt worden seien. Kein Land in Europa könne sich solches ausweisen. Frankreich verfüge heute über 270 000 Mann; Deutschland habe es hingegen einschließlich der Schutzpolizei (!) bereits auf 289 000 (!) Mann gebracht, mit einer durchschnittlichen Dienstzeit von sechs Jahren. Frankreich und Deutschland hielten sich heute die Waage, und jede neue Reduzierung seitens Frankreichs müßte gleich als Prämie für einen neuen Krieg angesehen werden. Hier kommt es zu neuen empörten Zurufen seitens der Sozialisten. Bouillou-Lafont fährt ungehört fort und zitiert einen Satz von Steeg, wonach „der mächtigste Reiz zu neuen Kriegen ein Land ohne Verteidigung“ sei. Unter dem Jubel der Reaktion schließt der Berichterstatter damit, daß Frankreichs freiwillige Abrüstung (!) leider kein Beispiel für andere Staaten mehr sei, sondern Veruchung. Die militärische Organisation eines Landes sei noch immer die beste Garantie für den Frieden. Wieder wird der Redner von der Linken aufs heftigste unterbrochen.

Choussat (Soz.) erklärt, daß Frankreich heute die ungeheure Summe von 19 Milliarden Frank (über 3 Milliarden Mark)

für seine Rüstungen ausbe und nicht 13 Milliarden, wie sie in dem geschickt fristierten Budget verzeichnet stünden. Hier greift der Kriegsminister Maginot ein und bestreitet aufs entschiedenste, daß sich im französischen Budget versteckte Rüstungsausgaben befänden. Abg. Choussat blieb jedoch bei seiner Feststellung und forderte, daß von den Rüstungsausgaben große Abstriche gemacht würden.

Der republikanisch-sozialistische Abg. Riffaterre unterstrich die jährliche Erhöhung des Rüstungshaushalts und wies darauf hin, daß die französische Regierung vor dem vorbereitenden Ausschuh betont habe, daß die

Sicherheitsbedingungen schon jetzt eine Herabsetzung der Rüstungen

zuließen. Der französische Kriegshaushalt stehe jedoch in direktem Gegensatz zu diesen Erklärungen. Frankreich dürfe nicht mit einer doppelstimmigen Haltung nach Genf gehen. Es dürfe nicht mit einem Auge nach dem Frieden und mit dem anderen nach dem Krieg schauen.

Die französischen Rüstungsausgaben hätten sich seit 1914 um 600 Proz. erhöht.

Außerdem habe man einen großen Teil der Rüstungsausgaben in anderen Haushalten versteckt. Man könne nicht verlangen, daß man in Genf unter diesen Umständen an eine Ehrlichkeit Frankreichs glaube.

Der sozialistische Abg. Spinasse wies darauf hin, daß er gelegentlich eines Besuchs in Frankfurt keinen einzigen deutschen Soldaten gesehen habe. Er habe dagegen 30 000 junge Deutsche angetroffen, die eine Friedenskundgebung veranstalteten. Deutschland habe ihm den Beweis dafür erbracht, daß die nationalsozialistischen Zeitungen Deutschlands und Frankreich die Wahrheit entstellten.

Sodann ergriff

Kriegsminister Maginot

das Wort. Die hohen Rüstungsausgaben (sob der Kriegsminister auf das Konto der Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Er betonte in bezug auf die Abrüstung, daß Frankreich augenblicklich eine Herabsetzung seiner Rüstungsausgaben unmöglich vornehmen könne, wenn es nicht seine Sicherheit gefährden wolle. Man müsse vielmehr zunächst an eine Re-

organisierung des Heeres gehen. Wenn Frankreich an den internationalen Bemühungen zur Herabsetzung der Rüstungen teilnehme, so bedeute dies nicht, daß es seine Lebensinteressen preisgeben wolle. Frankreich bedrohe niemanden. Es wolle in Frieden und Sicherheit leben. Es könne außerdem nicht zugeben, daß man seiner bereits gemachten Rüstungsherabsetzung keine Rechnung trage. Frankreich dürfe infolge seines guten Willens keine Einbuße erleiden. Auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz dürfe man nicht von dem gegenwärtigen Rüstungsstand ausgehen. „Frankreich“, so betonte Maginot mit erhobener Stimme, „kann auf keinen Fall zugeben, daß man die Militärklauseln des Versailler Vertrages preisgibt; denn sein ganzes Militärsystem begründet sich auf diesen Klauseln. Wenn man ein internationales Recht will, so darf man nicht alle Völker auf eine gleiche Stufe stellen. Richtig ist vielmehr, daß die früheren Angreifer eine schärfere Begrenzung ihrer Rüstungen vornehmen, als die, die keinen Angriff unternommen haben und sich auch weigern, einen solchen zu unternehmen. Unter diesen Vorbehalten (!) und unter der Bedingung einer rigorosen internationalen Kontrolle wird Frankreich an allen Bemühungen teilnehmen, um die Genfer Abrüstungskonferenz zu einem günstigen Abschluß gelangen zu lassen.“

Der Radikale Daladier übte heftige Kritik an dem Bericht Bouillou-Lafonts. Trotz höherer Ausgaben sei nach den Angaben des Berichterstatters die französische Armee weder mit der englischen, noch mit der italienischen und nicht einmal mit der deutschen zu vergleichen. Alles in allem errechnete er Rüstungsausgaben von insgesamt 16,4 Milliarden. Das französische Heer zähle, wenn man sämtliche Kolonialtruppen hinzuzähle, die ja auch an einem etwaigen europäischen Kriege teilnehmen würden, 556 000 Mann. Das entspreche ungefähr der Heeresstärke von 1912. Der einzige Unterschied sei, daß jetzt 240 000 Berufssoldaten unter den Waffen stünden, gegenüber 140 000 im Jahre 1912. Keine andere Armee sei so stark, wie die französische Armee.

## Das Martyrium Georgiens.

Zehn Jahre neurussischer Gewaltherrschaft.

Am 25. Februar feiert Moskau das zehnjährige Jubiläum seiner Herrschaft in Georgien. Am 25. Februar 1921 sind die Sowjettruppen in Tiflis, die Hauptstadt der freien, in blühender friedlicher Entwicklung stehenden, sozialdemokratisch regierten Republik Georgien ohne Kriegserklärung, unter schmachlichem Vertragsbruch, eingedrungen und haben nach furchtbarem Schladten das ganze Land besetzt und kurzerhand annektiert. Selbdem über die Bolschewiki, genau wie früher der Zarismus, der aber nicht „das volle Selbstbestimmungsrecht aller Völker, einschließlich des Rechtes zur Vostrennung von Rußland“, proklamiert hatte, die Fremdherrschaft über Georgien aus, sie stützen sich ausschließlich auf die russischen Truppen und lassen die georgischen Arbeiter und Bauern unter dem bestialischsten Terror schmachten und verbluten.

In diesen zehn Jahren haben sie mindestens 7000 hervorragende Männer Georgiens hingerichtet, vor allem die Mitglieder und Führer der georgischen Sozialdemokratie.

die im Lande nach wie vor ungeheuren Einfluß genießt und die für die Freiheit ihres Volkes gegen die rot maskierten Imperialisten selbstaufopfernd kämpft, wie sie einst gegen den Zarismus ruhmvoll gekämpft hat. Die internationale Sozialdemokratie hat die Bergemallung des sozialistischen Georgiens von Anfang an mit tiefster Entrüstung verfolgt und den Kampf für Georgiens Selbstbestimmung und Freiheit zu ihrer Ehrenpflicht erklärt. Mit zynischer Offenheit hat der Oberbolschewik Karl Radek auf der schnell gescheiterten Berliner Konferenz der drei Internationalen 1920 ausgesprochen, was der Hauptgrund der Annexion Georgiens war. Mit der „Befreiung“ der — nach bolschewistischer Behauptung — „unterdrückten“ Volksmassen Georgiens konnte Radek dieser Versammlung nicht kommen, in der georgische Volksführer anwesend waren und die furchtbare Wahrheit verkündet hatten. Daran antwortete Radek mit der Frage: „Sollen wir unsere Kommissare mit Resolutionen beizen?“ Die Rappthatschläge von Baku und die anderen natürlichen Reichthümer Kaukasus waren der Antrieb — ein selten klarer Fall zum Beweis der Richtigkeit materialistischer Geschichtsauffassung!



# Wo einst Frau Berolina thronte.

Schon fallen die Gerüste von dem neuen achtsäckigen Bürohaus, das zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Warenhaus Tietz das neue Gesicht des Alexanderplatzes zu formen beginnt. Bald wird diesem Bürohaus das zweite folgen, das in rechtem Winkel von der Königstraße zum Polizeipräsidenten hin einen gewaltigen, weithin sichtbaren Block bilden wird. Die vielen architektonischen Wandlungen, die der Alexanderplatz (der diesen Namen erst seit 1805 führt) mitgemacht hat, kann man sich auf bequeme Weise veranschaulichen: Im neuen II. Bahnhof „Alexanderplatz“ sind als künstlerischer Schmuck sechs Bilder von der Staatlichen Porzellanmanufaktur angebracht. Da sehen wir: 1780: „Die Gegend am Königst.“ Wall und Graben, nach den strengen Regeln damaliger Festungsbaufunktion angelegt, legen einen festen Ring um die innere Stadt. Durch ein breites Vorfeld, die „Contre Escarpe“, getrennt, ziehen dann radial die Vorstadtstraßen in nordöstlicher und östlicher Richtung 1780: Auf der „Contre Escarpe“ wird fröhlicher Ochsenmarkt abgehalten. Ein Viehhirt trennt zwei sich rangende Ochsen, munter sprengt ein Reiter der wenige Jahre vorher erbauten Königsbrücke zu; sie befand sich unter der heutigen Stadtbahn, an der Kreuzung der Dirschstraße. Die anschließenden Kolonnaden, von Gontard erbaut, zeigt das nächste Bild. Ein eleganter Bierpavillon ruht über die nicht allzu breite Brücke, über die allerdings auch ein Döhrle getrieben wird. Erst mit dem Bau des Warenhauses Wertheim verschwanden die Kolonnaden im Jahre 1910. 1830: Der Bollwerk auf dem Alexanderplatz. Schöneburgs Mittagsbühne liegt auf dem recht kleinstädtisch anmutenden Platz. Gespanne bringen mächtige Wollbollen heran, die auf der nahen Waage gewogen werden. Links im Hintergrund das königliche Theater, das 1823 an Stelle der Manufaktur der Schürder Hesse erbaut wurde und heute in seinen Resten einen Mälinger-Betrieb beherbergt. Wo heute das im Rohbau fertige achtsäckige Bürohaus hochsteigt, stand um die Wende des 18. Jahrhunderts das Haus des Meisters Tassaert, der Schadows



Neue Riesenhäuser wachsen auf dem Alex

Lehrer war. 1900: Berlin hat zwar noch keine U-Bahn, aber die Gleise der elektrischen Straßenbahn überqueren den Alexanderplatz, auf dem das Standbild der „Berolina“ mit stolzer Geste steht. Mit langer weicher Rauchfahne rollt ein Stadtbahnzug über die Brücke in die hochgemauerte Halle. Kelleraufschriften wie „Taxameter“, „Jahaktimit“, „Photographisches Atelier“ erinnern uns, daß wir uns mit Riesenschritten dem Zeitalter der Technik nähern. Heute mutet uns der Platz wie eine von schweren Erdbeben heimgesuchte Gegend an; das Häuserviertel vor der Georgenkirche total weggerafft. Längs des Durchbruches zur Großen Frankfurter Straße zum Untergang verurteilte Häuser mit leeren Fensterhöhlen und gewaltigen Sprüngen. An der Landsberger Straße ebenfalls in Auflösung begriffene, zu dem pulsierenden Verkehr in traurigem Gegensatz stehende leere Behausungen. Unter dem Alexanderplatz die gigantische, binnen kurzem vollendete Böhlerarbeit der U-Bahnbauten. Aber aus der Zerstörung heben sich schon jetzt die neuen Jügel des modernen Alexanderplatzes, vielsäckige Bürohäuser, gerade breite Ausfallstraßen, die Berlins lebendigstem Platz auch die zeitgemäße äußere Form geben werden.

## Polizeifoller in Neukölln.

Schwere Gefängnisstrafe für einen Unvorbestraften.

Die zahlreichen politischen Zusammenstöße, die sich im Dezember vorigen Jahres fast tagtäglich in Neukölln ereigneten, hatten vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Guhrauer ein Nachspiel. Wie erinnertlich, kam es damals wiederholt zu Ausschreitungen kommunistischer Erwerbslosen, die auch in einigen Fällen Geschäfte plünderten. Der Vorfall, der jetzt der Verhandlung zugrunde lag, hatte sich am 5. Dezember am Kottbuser Damm ereignet, wo gegen der dauernden Zwischenfälle bereits verstärkte Polizeistreifen postiert waren. Dessenungeachtet umzingelte ein aus etwa 20 Erwerbslosen bestehender Trupp einige Beamte

und versuchte, sie niederzuschlagen. Unter den dauernden Hebrufen einer Frau: „Auf sie, los!“ drangen die Erwerbslosen auf die Beamten ein und bedrängten sie hart. Der Währende Arbeiter Kurt P. sprang einem der Beamten an die Kehle und warf ihn zu Boden. Von hinzueilender Verstärkung konnte der Polizist aus seiner gefährlichen Lage befreit und der Täter festgenommen werden. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte P. jede strafbare Handlung und beteuerte, daß er das Opfer einer Verwechslung geworden sei. Mit dem Staatsanwalt war das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Guhrauer oder anderer Meinung. Der Angeklagte, der bisher nicht vorbestraft ist, wurde wegen schwerer Aufruhrs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Nächste Übungsstunde am Freitag, dem 27. Februar, 1931 Uhr, im Gelangsaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17.

## Student umgebracht.

In seinem Zimmer mit Radiodraht gefesselt tot aufgefunden.

London, 24. Februar.

Ganz England wird augenblicklich durch einen höchst rätselhaften Mord in Aufregung versetzt. Am Montag früh fand man den Studenten Ellis in seinem Zimmer im Sidney-Sussex-Colleg in Cambridge tot auf. Sein Kopf war von der Stirn bis zum Kinn mit acht kunstvoll ineinandergelockten Taschentüchern umwunden, die Arme mit ebenfalls kunstvoll gelockten Taschentüchern fest auf den Rücken gefesselt und die Unterschenkel mit den Wickelgamaschen des Studenten aneinandergeschürzt. Außerdem war der ganze Körper mit Radiodraht umwickelt und die Unterschenkel so zurückgebogen, daß der Eindruck entstand, daß der Ermordete rückwärts aufgehängt werden sollte. Da man nichts Verdächtiges im Colleg bemerkt hat, steht man vor einem vollkommenen Rätsel.

## Trauer über Eschweiler.

Die Beisehung der Opfer des Zechenunglücks.

Eschweiler, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Am Dienstagvormittag wurden hier die 32 Opfer des Zechenunglücks in der üblichen Weise unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Es wurden verschiedene Ansprachen gehalten, in denen immer wieder die Versicherung wiederkehrte, daß künftig mit allen Mitteln daran gearbeitet werden müsse, daß die Belegschaften in den Bergwerken vor derartigen Katastrophen bewahrt bleiben müssen. Für den Bergbauindustriearbeiterverband sprach Engelhardt-Nachen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichspräsidenten und des Reichsanwalters sprach Ministerialdirektor Dr. Grieser. Auch er hob hervor, daß es notwendig sei, alle erforderlichen Maßnahmen im Bergbau zu treffen, um in Zukunft derartige Unglücksfälle zu verhindern. Nach dem Trauerzug folgte die Trauerzug, an der Spitze die Bergmannskapelle, in Bewegung. Auf zehn schwarz umfalten Leichenwagen wurden die Särge nach den Friedhöfen von Eschweiler, Weismüller, Rothberg, Berggrath und Dürwiß zur Beerdigung gefahren.

## Neues Lawinenunglück!

München, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Im Koffstengebiet bei Lenggrich ereignete sich am Dienstagvormittag ein neues Lawinenunglück, bei dem wieder einen Skifahrer, den Mechaniker Schreier aus München, unter sich begrub. Dem Gebirgsanfallsdienst des Roten Kreuzes gelang es noch nicht, den Verschütteten zu bergen, so daß mit seinem Tod zu rechnen ist.

## Hohe Alarmstufe für die Schupo.

Entsprechend des verschärften Demonstrationsverbots des Polizeipräsidenten für den heutigen Mittwoch wird sich die Berliner Schutzpolizei heute in besonderer Alarmbereitschaft befinden. Die vier, von den Kommunisten ursprünglich in Aussicht genommenen Versammlungsorte, darunter vor allem der Lustgarten, sollen überwacht werden. Auch die Bannmeile wird heute verstärkter Schupo erhalten, um ein etwaiges Vordringen von Demonstranten bis zu den Parlamenten zu verhindern. Die Vorkontrollen der Polizei werden so umfassend sein, daß nach Ansicht der zuständigen Stellen ernstliche Befürchtungen über das Entstehen von größeren Zwischenfällen nicht gehegt werden.



Schmiger steht vor Vene und weist den Hund vor. Sein Herz klopfte wie das des Tieres. Denn er versteht nichts von Hund und hat diesen hier für fünf Mark vom Wirthshausen weggekauft. Aber es geht über Erwarten gut: Vene findet ihn hübsch; findet, daß er aussieht wie ein Fuchs; bezeichnet das schmutzige Geld als Gold. Und läßt sich auch den Namen gern gefallen: Koff; das klingt so tapfer, meint sie. Sie gehen zusammen auf das Stubbenland zu; gehen den Fußweg, der am See entlangführt. Das Wasser gibt sein leichtes Blau an den Abend weg; es dunkelt schnell. Der Wind vom Stubbenland schreitet hier unten sehr langsam; die Wellentanken fliehen vor ihm her wie silberne Schlangen. „Abends war ich noch nie am See“, sagt Vene. „Man legt sich ja früh hier schlafen; was soll man sonst tun?“ „Es ist sehr schön am See“, meint Schmiger. „Ja, sagt Vene gleichgültig; wie man etwas bejaht, das man zugeben muß; das man aber nicht empfindet.“ „Weshalb bleiben Sie eigentlich so lange hier, Herr Schmiger?“ „Meiner Gesundheit wegen.“ „Sie sind krank?“ „Ja. Lung.“ Sie findet einen flüchtigen Laut des Mitleids und verabschiedet sich. Schnell verschwindet sie im Dunkel, hochbeinig, blond, den demütigen Hund mit sich ziehend in sein neues Geschäft. Siegfried Schmiger blickt ihr lange nach. Er hat sie schon oft gesehen, aber noch nie so; er weiß selbst nicht, was heute anders an ihr sieht; gesehen ist doch nichts, gar nichts. Vielleicht kommt sie ihm blonder vor oder höher oder ferner... oder vielleicht sieht er heut gar nicht, was sie ist, sondern was sie sein könnte. Er geht seinem Pavillon zu; einer, der bisher neben den Schicksalen stand, die aus Sand vom Stubbenland schiefen

wollen wie Spargel, und der sich nun dunkel mit hineingezogen fühlt in dies Schicksalswachstum wie jener Hund. Als er an die Grenze seines Bestandes kommt, sind die Sterne hinter ziehenden Wolken verschwunden, und es weht kühl; ihm ist, als sähe im Dunkel Sally Rosenbaum auf einem Stubben, und als säge sein Koffan im Wind. Stich mit dem Spaten, Druck mit der Hand. Einmal den Stich, einmal den Druck: das heißt ein Staud gepflanzt. Stich mit dem Spaten; Druck mit der Hand; fünftausendmal Stich, fünftausendmal Druck: das heißt einen Morgen bepflanzt. Stich mit dem Spaten, Druck mit der Hand, sechzigtausendmal Druck und Stich: das heißt zu Ende gepflanzt. Das hat man schon einmal getan: zu Ende gepflanzt. Vor zwei Monaten war's. Und es war alles umsonst. Und es muß alles noch einmal sein. Denn in dieser Nacht hat der Wind eine Wolke gebracht, eine von vielen; diese aber war so schwanger von Regen, daß sie zerbrach; daß nicht Tropfen fielen, sondern Ströme von Wasser. Es wäre ein bedenklich heftiger Regen gewesen für schwere Erde; es war ein Wollenbruch für den Sand vom Stubbenland. Sand verträgt nur Regen, der rieselt; nicht Regen, der rauscht. Regen, der donnert: der reißt Löcher in den Sand; kreiselt ein paarmal herum in den Löchern; sieht, daß er nicht in die Tiefe gelangt, und stutet ab, hinunter zum See. Daß eine junge, zarte Pflanze war in jedem der Löcher, arbeitend mit aller Kraft ihrer Klauen, sich einzuklammern in den neuen Boden: das hat er gar nicht bemerkt; sie ist mitgekriecht und ausgewühlt worden und liegen geblieben am Rande der Furche, wenn das Land waagrecht war, oder am Ende des Feldes erst, im Heidekraut, wenn das Land sich neigte. Es ist schlimm, dabeistehen zu müssen, wie das geschieht, im donnernden Dunkel, mit der Laterne in der Hand, und nicht helfen zu können; weil es sechzigtausendmal zugleich geschieht. Aber es ist gut, daß man, wie Korn, erwacht ist vom Regen, daß man, träber Ahnung voll, hinausgehen hat auf das Feld; nun kann man durch die Furchen hasten und die Pflanzen sammeln und warm im Schuppen halten, daß der Frost der Fröhe die Wurzeln nicht töte. Und wenn es dämmert — dann kann man von neuem pflanzen. Stich mit dem Spaten, Druck mit der Hand. Einmal den Stich, einmal den Druck: das heißt zweimal gebüßt.

Stich mit dem Spaten, Druck mit der Hand, sechzigtausendmal Druck und Stich: das heißt Blutblasen haben an den Händen, Blutausen haben in Hirn und Ohr, Schmerzen haben in Brust und Rücken, Reizen haben in Wirbeln und Schenkeln. Wenn man etwa die Schuld trüge, wenn man schlecht gepflanzt hätte das erstmal; vielleicht siele einem die Arbeit leichter. Aber nur eine Wolke ist die Ursache gewesen; irgendeine dumme Wolke, und ein Wind, der sie brachte, und ein Sand, der nur Regen will, der rieselt; Regen nicht, der rauscht. Und wenn man etwa an Gott glaube, man wäre übel dran: man müßte ihn beschimpfen mit derbsten Worten. Aber Korn schaffen schweigend. Selten blicken sie auf und hinüber zu Papendiek: wo bleibt der? Wenn sie ihn nicht finden, sinkt ihr Blick wieder zum Sand. Stich mit dem Spaten, Druck mit der Hand. Einhundertzwanzigtausendmal Druck und Stich: das heißt zweimal zu Ende gepflanzt. Tja, Papendiek! Wo bleibt Papendiek? Dumme Frage! Papendiek hat Geburtstag! Sechzigsten, bitte schön! Soll Papendiek an seinem sechzigsten Geburtstag vielleicht im Sande herumkrabbeln und ein paar Spargelpflanzen wieder einsetzen, die seine Fische rausgepult hat? Soll Papendiek an seinem sechzigsten Geburtstag Rückenschmerzen kriegen und Blutblasen und was weiß ich noch? I wo! Wird schon ein Tag Zeit haben! Heute kommen Freunde aus Berlin, denen man imponieren muß! Wenn's mit den Pferden was zu arbeiten gäbe: bitte sehr; aber mit den Händen? Vor denen? Reel! Papendiek hat Geburtstag, Papendiek bleibt zu Hause. Basta. Na, und was es alles zu zeigen gib! Hat einem Veneten, das Prachtstück, nicht einen Hund geschenkt! Groß, schön, was Besonderes, züchten muß man die Rasse! „Stubbenlander Sandhund“ müßte man sie nennen, weil Koff so gelb ist! Eine ähnliche Hündin besorgen, damit man Welpen kriegt, mit den besten Rüden und Hündinnen weiter züchten, das bishen Feigheit, das der Rüde Koff noch aufweist, wegzücheln — ganz einfach! Uebrigens kann man die ihm auch weg-dressieren, sagt der Landwirtschaftliche Ratgeber, dem auch die Fachausdrücke wie Rüde und Welpen zu danken sind. (Fortsetzung folgt.)

# „Die Kugel war für mich!“ Der Mann, der zu Hindenburg wollte.

Der wohnungslose Handlungsgehilfe Alois Broll, der gestern vormittag in das Büro des Reichspräsidenten im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße eintraf und eine scharfgeladene Parabellumpistole zog, wurde nach erfolgter Festnahme dem zuständigen Kreisarzt zugeführt. Die Untersuchung hatte aber das Ergebnis, daß Broll nicht als geisteskrank erachtet wurde. Er wurde dem Schutzwachtmeister der Abteilung I A zugeführt.

Bei der Vernehmung durch die Abteilung I A machte Broll, der 28 Jahre alt ist und aus Oberschlesien stammt, den Eindruck, als ob er anscheinend doch nicht ganz im Vollbesitz seiner Geisteskräfte ist, wenn auch der Kreisarzt eine Internierung abgelehnt und ihn als nicht gemeingefährlich bezeichnet hat. Er erklärte, daß ihm jegliche Absicht auf den Reichspräsidenten völlig fern gelegen habe. Während des Polenauflandes will er um seine Existenz gebracht worden sein und wollte nun in Berlin versuchen, seine Entschädigungsansprüche durchzusetzen, nachdem er zuletzt von der Kommission des Reichspräsidenten in Oppeln mit seinen Eingaben abgewiesen worden war. Broll scheint der Ansicht zu sein, daß ihm durch die Behörden in seiner Versorgungsangelegenheit Unrecht geschehen sei. In seiner Altersmappe, in der er sämtliche Akten über seine Eingaben und die ablehnenden Bescheide der verschiedenen Anstalten mit sich führte, hatte er auch eine Reihe von Zeitungsartikeln über angebliche Mißstände und Unregelmäßigkeiten beim Reichsversorgungsamt, für die er die Regierung interessieren wollte. Am gestrigen Dienstagmorgen will er angeblich die Kanzlei der Regierung gesucht haben, der er seine Anträge auf Entschädigung und Unterstützung unterbreiten wollte. Dabei sei er verärgert, da er im Regierungsamt nicht Beachtung gemüßt habe, in das Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße gekommen. Dem dort anwesenden Kriminalbeamten habe er seinen Fall unterbreitet. Als er aber wiederum abgewiesen worden sei, habe er, wie er angibt, selbst Schluß machen wollen.

## Unterredung mit Dr. Wolff.

„Keine politischen, nur rechtliche Gesichtspunkte!“

Stuttgart, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Über den Stand des Untersuchungsverfahrens gegen Dr. Friedrich Wolff und Frau Dr. Jacobomir-Rienle wird dem „Vorwärts“ gemeldet:

Dr. Friedrich Wolff hat heute in einer Unterredung erklärt, daß es nicht in seinem Sinne liege, daß aus dem ganzen Fall soviel Aufhebens gemacht werde. Er wolle die Angelegenheit nicht auf das politische Gebiet schieben, sondern für sein Verhalten nur rechtliche und menschliche Gesichtspunkte geltend machen. Der Untersuchungsrichter, dem für diesen Zweck eine Hülfe beigegeben wurde, beabsichtigt, die Untersuchung so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Antrag der Anwälte auf Nachprüfung der Rechtmäßigkeit des Haftbefehls ist heute eingegangen und es dürfte Anfang der nächsten Woche über ihn entschieden werden. Ob die Untersuchung bis dahin schon soweit abgeschlossen ist, daß keine Kollisionsgefahr (Verabredungsgefahr) zwischen den beiden Angeklagten und zwischen ihnen und den beteiligten Frauen und Mädchen mehr besteht, ist allerdings zweifelhaft. Sobald sie nicht mehr besteht, dürfte der Haftbefehl aufgehoben werden, da er wegen Fluchtgefahr kaum aufrechterhalten werden würde, zumal von einer dritten Seite, es soll sich um eine Verlagsbuchhandlung handeln, entsprechende Sicherheiten angeboten worden ist. In dem Termin dürfte auch die Frage der Haftfähigkeit von Friedrich Wolff geprüft werden.

## Generalvertreter gesucht!

Riefenbetrugsprozess in Moabit. — 170 Zeugen geladen.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg begann am Dienstag ein auf mehrere Wochen berechneter Prozess wegen Betruges gegen den Kaufmann Wilhelm Kuczorra und sechs Mitangeklagte. Zu der Verhandlung sind 170 Zeugen aus allen Teilen Deutschlands geladen.

Der Hauptangeklagte Kuczorra, der flüchtig ist und stedbriefflich verfolgt wird, da er auch noch andere Straftaten begangen hat, betrieb von 1924 bis 1929 die Vergebung von Lizenzen für Reklameapparate. Zu diesem Zwecke gründete er hintereinander vier verschiedene Firmen. Er suchte im In- und Ausland Generalvertreter für ein aussehendes Unternehmen mit sicherem Gewinn von 40 000 bis 50 000 Mark. Zahlreiche Leute meldeten sich bei ihm, denen er eine in den glänzendsten Farben geschilderte Rentabilitätsberechnung überlieferte. Die Bewerber mußten Garantiesummen zahlen, meistens von mehreren 1000 Mark. Tatsächlich soll nach den Feststellungen der Anklage nicht einer der aufgestellten Reklameapparate Erfolge gebracht haben. Die sechs Mitangeklagten waren Geschäftsführer in den verschiedenen Unternehmungen des Angeklagten.

## DAC darf sich nicht mehr DAC nennen.

Urteil des Kammergerichts — Vollstreckung ausgeführt.

In dem seit drei Jahren schwebenden Rechtsstreit des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs (ADAC) gegen den republikanischen Deutschen Autoklub (DAC) hat das Kammergericht, nachdem zwei Urteile zugunsten des letzteren Klubs entschieden waren, nunmehr für den ADAC erkannt. Der Deutsche Autoklub wurde verurteilt, es zu unterlassen, den Namen Deutscher Autoklub oder die Bezeichnung DAC zu führen. Auf Antrag des Deutschen Autoklubs hat jedoch das Kammergericht angeordnet, daß die Vollstreckung des Urteils gegen eine Sicherheitsleistung von 5000 Mark zunächst ausgesetzt wird. Der DAC hat gegen das Urteil noch das Rechtsmittel der Revision, über die das Reichsgericht entscheiden wird.

## Reichsbannermann in Lebensgefahr.

In dem Befinden des Reichsbannerkameraden Albert Fabisch, der am Mittwoch voriger Woche vor dem Rathaus in der Königstraße von dem nationalsozialistischen Warden und Todspiegel Gerhard Pantel angeschossen wurde, ist eine Besserschlimmerung eingetreten, so daß Fabisch inzwischen in eine Klinik in der Neuenburger Straße übergeführt werden mußte. Der Ermisch, den der junge Reichsbannermann erlitten hat, schien anfänglich leichter Natur zu sein. Zwei Tage später stellten sich jedoch Komplikationen ein, die eine sofortige Krankenhausaufnahme notwendig machten. Der Täter Pantel befindet sich bekanntlich in Untersuchungshaft.

# Kampf dem Krebs!

## Die Arbeit in Cäcilienhaus und Charité / Aufklärung der Bevölkerung

Im Rahmen der Vortragsabende des Cäcilienhauses sprach Professor Blumenthal über das von ihm geleitete Berliner Krebsinstitut.

Es dient in erster Linie der Krebsforschung, aber nicht nur an Tieren und Pflanzen, sondern auch ganz besonders an krebstranken Menschen. Krebsdiagnostik, Krebstherapie, Beziehungen zwischen Unfall und Krebs, Erblichkeit des Krebses, seine Infektiosität, Einflüsse der sozialen Verhältnisse, Berufsstrebe, Diät sind die Probleme, die im Krebsinstitut bearbeitet werden. Zur Behandlung erhielt es vom Staat 130 Milligramm Radium und kaufte dazu das dem Radium gleichwertige, aber erheblich billigere Mesothorium, ca. 800 Milligramm. Geheimrat Blumenthal wies darauf hin, daß es eine völlige Verkennung der Tatsachen sei, wenn heute noch Krebsstranke zum Zweck der Radiumbehandlung von ihren Ärzten ins Ausland geschickt werden, weil diese glauben, daß mit den zur Zeit nur geringen Mengen nicht bei sachverständiger Anwendung die gleichen Erfolge erzielt werden könnten, wie außerhalb Deutschlands. Er bemängelte aber weiter, daß zur Zeit sehr schlecht für die fortgeschrittenen Krebsstranken gesorgt würde. Ihre Unterbringung geschehe heute meist in den Siechenhäusern, wo es an Behandlungsmöglichkeit und Pflegeeinrichtung genügender Art fehlt. Man dürfe nicht davon sprechen, daß jeder Versuch zur Heilung oder Besserung bei diesen Kranken aussichtslos sei, denn das ist nicht nur unumstößlich, sondern entspricht auch nicht den Tatsachen. Blumenthal warnt zum Schluß seiner Ausführungen vor einer Zersplitterung der Behandlungsmöglichkeit, indem überall in Deutschland Radium angekauft werde und überall Krebsbehandlungsstellen eingerichtet würden. Es genügt zwei oder drei große Zentren und in jeder Provinz und in jedem Land eine Unterzentrale. Für die großen Zentren reicht eine Menge von etwa 2 Gramm Radium bzw. radioaktiver Substanz, für die kleineren Unterzentralen 300—400 Milligramm.

Als nächster Redner sprach Professor Liebmann vom Cäcilienhaus. Er erinnert daran, daß seit Gründung des Cäcilienhauses dort eine planmäßige Bekämpfung stattgefunden habe, indem die Anstalt, bevor ihr das Gramm Radium zur Verfügung stand, schon eine mit allen Mitteln der modernen Technik ausgestattete Röntgentherapie-Station hatte. Die Anstalt konnte in den sechs Jahren ihres Bestehens schon mehr als 2000 krebstranke Frauen behandeln, während die Münchener Frauenklinik innerhalb von 16 Jahren nur 3000 krebstranke Frauen zu behandeln hatte. Aber nicht allein die Behandlung, sondern auch die Aufklärung der Bevölkerung wird planmäßig betrieben. So wurden allein mehr als 500 000 Merkblätter über Krebs an die Rassenmitglieder verteilt.

## Oeffentliche Kundgebungen

**Karlshorst, Mittwoch, den 25. Februar, 20 Uhr, im Lokal Deutsches Haus, Stolzenfelsstraße. — Thema: Nationalsozialismus. Redner: Carl Lika, M. d. R.**

**Lichtenberg, 117. Abt., Mittwoch, den 25. Februar, 19 1/2 Uhr. — Lokal Städtisches Fließbad, Köpenicker Chaussee 63a. — Thema: Streikfrage durch das dritte Reich. Redner: Max Sievers.**

**Kaulsdorf, 123. Abt., Freitag, den 27. Februar, 20 Uhr, Turnhalle, Adolfsstraße. — Thema: Nationalsozialismus — Volksbeitrag. Redner: Erich Kuttner, M. d. L.**

**Mitte, 4. Abt., Freitag, den 27. Februar, 19 1/2 Uhr, Vogels Festsäle, Brückensir. 2. — Thema: Das dritte Reich. Redner: Genosse Ritzel, M. d. R. — Politisch-satirische Revue: „Wo bleibt der zweite Mann?“ — Unkostenbeitrag 0,30 M., Erwerbslose Genossen frei.**

## Volksgenossen! Erscheint in Massen! Helft den Faschismus bekämpfen!

Das Fest der goldenen Hochzeit begeht heute unser alter treuer Genosse Albert Räder und seine Ehefrau Berta, Dänenstraße 3. Wir gratulieren herzlich und wünschen beiden einen recht frohen Lebensabend.

# Funkwinkel.

Gottfried Benn und Oskar Loerke unterhielten sich über „Literarische Jugendeindrücke“. Keine literarische Fachimpulse; die Welt der geistig interessierten Jugend vor 25 Jahren wurde lebendig. Auch den wohlwollenden wenn auch nicht sehr gehaltvollen Versen von Falke und Bierbaum hatten ihre Erfolge bei der Jugend ihrer Gegenwart. Auf unversiehlbar höherem Niveau standen die Dichtungen von Villon und Dehmel. Es war gar nicht erstaunlich, daß Benn und Loerke bei diesem Zwiegespräch die Gemeinsamkeit ihres literarischen Jugendgeschmacks entdeckten: alle, die zu jener Zeit mit jungen Herzen vor der Literatur ihrer Tage standen, wurden von dem gleichen geistigen Strom getragen, für den der Mensch, das Individuum, Bewusster sein sollte zum großen Meer Menschheit. Deshalb waren für sie alle die Romane von Bang, Jacobsen, Kellermann, die von Dostojewski und Tolstoi Offenbarungen. Wie Benn mögen viele tiefe Eindrücke empfangen haben von Heidecks „Beiträtkeln“ und Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“, wie Loerke mögen sie entzückt die dramatischen Träume Ruckert's und des jungen Hoffmanns, erschüttert Gorkis „Rachajol“ auf der Bühne erlebt haben. Das Gespräch, das sich von Werturteilen über alle erwähnten Werke fernhielt, zeigte überraschend deutlich ein Stück geistiger Entwicklung. Drei Namen, denen Benn und wohl auch Loerke wesentlichen Einfluß auf das literarische Schaffen der letzten drei Jahrzehnte zusprechen: die Brüder Heinrich und Thomas Mann, Carl Sternheim und Alfred Kerr. — Das Berliner Abendkonzert brachte Handels weltliches Oratorium „L'Allegro il Tensiroso et il Moderato“, ein Werk, das recht wohl einer Funtaufführung zugänglich ist. Man hätte sich allerdings eine etwas beschwingtere Vorhalle können. Sehr vernünftig man wieder eine brauchbare Einführung. Wenn man die Hörer auf solche Werte vorbereiten will, genügen nicht ein paar flüchtige einleitende Worte. Es ist notwendig, auf musikalische Normierungen aufmerksam zu machen, das Ohr durch charakteristische Kostproben vorzubereiten. Aber auch der Text muß allen nahegebracht werden. Dafür genügt nicht eine unzureichende Inhaltsangabe, besonders, wenn es sich um ein dichterisch bedeutendes Werk handelt.

Der dritte Redner, Dr. Bendig, Chefarzt beim Berliner Rassenverband, sprach über die Praxis der nachgehenden Fürsorge, die von ihm in den Räumen der Ambulatorien eingerichtet wurde. Er wies darauf hin, daß ganz besonders wirtschaftliche Fragen bei den Krebskranken geregelt werden müssen. Ferner ist zu einer planmäßigen Behandlung notwendig, daß die Krebskranken, ob sie verheiratet oder Familienangehörige sind, von einer Rassenkette aus betreut werden.

## „Muskeln rosten schneller als Eisen.“

Bei den „Juglharen“ sprach Staatssekretär Genosse Dr. Staudinger über die Einwirkung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit auf die Jugend.

Rund eine Million Jugendliche sind arbeitslos, eine furchtbar ernste Gefahr für unser Volk und unsere Wirtschaft. Und zwar sind es die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen, die besonders gefährdet sind, sie werden bei Eintritt der Krise nicht weiterbeschäftigt, neue Bejahungen ersehen sie. „Muskeln rosten schneller als Eisen“ zitierte Genosse Staudinger den Ausspruch eines Arbeiters, und jugendliche Muskeln rosten noch schneller. Lehrlinge, früher überhaupt nicht konjunkturbedeugt, werden heute ebenfalls entlassen, und verlieren gewöhnlich alles, was sie in ein oder zwei Jahren gelernt haben. Durch den Geburtenausfall während des Krieges wird die Lage für die Jugend etwas besser werden. Aber sollen wir bis dahin die jugendlichen Erwerbslosen sich selbst überlassen? Wenn der Aufstieg aus der Krise kommt, dürfen wir keinen Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften haben, und deswegen müssen wir die jugendlichen Erwerbslosen beruflich weiterbilden und sie vor den sozialen und seelischen Folgen der Arbeitslosigkeit schützen. Besser als Geld für Suchthäuser ausgeben, ist es, der Jugend zu helfen. Sie muß von ihrem Beruf aus gefost werden, keine theoretische Schöpfung, sondern begriffliche. Die Handfertigkeit muß weitergebildet werden, sie muß wieder Material in die Hände bekommen.

Ministerialrat Ziermann sprach dann noch als Pädagoge und betonte ebenfalls die Notwendigkeit, die Jugend beruflich anfähig zu erhalten, wobei er als besten Weg den der Berufsschule bezeichnete. Dann äußerten sich einige arbeitslose Jugendliche selbst zum Thema, und aus ihren Worten konnte man entnehmen, wie notwendig eine Hilfe ist. Aus einer tiefen Verbitterung heraus stand man allen vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen mißtrauisch und beinahe feindselig gegenüber. Und aus allen Rednerungen hörte man die Forderung, daß die Technik doch dem Arbeiter zugute kommen müßte und ihn nicht noch tiefer ins Elend stürzen sollte.

## Arbeiterjugend und Partei.

Wie rege die Zusammenarbeit der Arbeiterjugendgruppen mit den Parteiateilungen sich gerade in letzter Zeit besonders auch in Neukölln gestaltet hat, zeigte eine gemeinsame Werbeeranstaltung der 91. Abt. mit den Arbeiterjugendgruppen 3 und 11 in Neukölln. Die Jugend gestaltete den Abend aus. In bunten Bildern wurde u. a. der Weissenberg-Rummel, das Hitler-Großauf und verschiedene andere aktuelle Novitäten treffend skizziert. Außerordentlich war die Einleitung des Abends durch zwei Bilder, die die Not der Jungarbeiter beleuchteten. Die Stimmung war vorzüglich und der vollbesetzte Saal spendete stürmischen Beifall.

## Selbstmord eines Schupobeamten.

In seiner Wohnung in der Selterstraße 33 hat gestern der 43jährige Polizeihauptwachmeister Hermann Braßau Selbstmord durch Erschießen verübt. Der Beamte, der auf dem 67. Revier beschäftigt war, litt seit einiger Zeit unter heftigen Nervenankfällen. Nachdem er gestern vom Arzt krankgeschrieben worden war, äußerte Braßau seiner Frau gegenüber, daß er an eine Heilung seines Leidens nicht mehr glauben könne. Als die Frau in der Küche weinte, schoß sich der Kranke im Schlafzimmer aus seiner Dienstpistole eine Kugel ins Herz. Braßau hinterläßt zwei unmündige Kinder.

## Speisung von 800 Erwerbslosen.

Die Zigarettenfabrik Jostell wird für die Dauer von sechs Wochen täglich 800 langfristige Erwerbslose kostenlos speisen und ihnen außerdem wöchentlich dreimal eine Lebensmittelzugabe spenden. Die Speisung wird vom Montag, dem 23. Februar 1931, ab in den Ausgabestellen der städtischen Volksspeisung in den Bezirken Wedding, Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Lichtenberg und Neukölln durchgeführt werden. Diese Bezirke nehmen auch die Auswahl der Teilnehmer an dieser Speisung vor.

## „Ein seltsamer Patient.“

Im Kabarett der Komiker hat man für Hans Moser den Stich „Ein seltsamer Patient“ ausgegraben, der dem Künstler Gelegenheit zur neuen Offenbarung seiner reichen Kunst in starker Weise bietet. Erst kürzlich konnten wir uns an der stillen, reinen Komik Mosers im Zusammenwirken mit Hans Wahmann erfreuen. Das Programm hat sonst kaum eine Veränderung erfahren. Roschels Devise „Vergessen Sie das Vagen nicht!“ erweist sich als erfolgreich auf der ganzen Linie. Im Mittelpunkt des Abends steht wieder der „R. s. ch. i. n. e. m. e. n. s. c. h.“, eine längerische Glangleistung Rudolf Knüllings.

„Schaffende Hände“. Das Volkshilfsamt Prenzlauer Berg veranstaltet in Verbindung mit den Volksschulen des Verwaltungsbezirks in den Räumen des Bezirksamts, Dänziger Str. 64, in der Zeit vom 1. bis 15. März 1931 eine Ausstellung „Schaffende Hände“, in der die Entwicklung des Zeichen- und Zeichenunterrichts demonstriert wird.

Wetterausichten für Berlin: Beständiges, zeitweise heiteres Wetter mit Reckfröhen. — Für Deutschland: Überall ruhiges Wetter ohne Niederschläge, verbreitete Reckfröhen; im Nordwesten wieder Bewölkungszunahme.

Das Winterkonzert hat ein sehr plastisches, unterhaltendes Programm für den Monat März zusammengestellt. Der tolle Herr von R. ist ein lustiges und humorvolles Stück, das die besten Kräfte am Bühnenboden, 4 Bühnenkünstler, die sich um die besten Kräfte des Bühnen-, Bühnen- und Bühnenwelt. Die besten Bühnenkünstler, die sich um die besten Kräfte des Bühnen-, Bühnen- und Bühnenwelt. Die besten Bühnenkünstler, die sich um die besten Kräfte des Bühnen-, Bühnen- und Bühnenwelt.







# Höhere Gemüsezölle oder nicht?

## Das Zollinstrument allein versagt auch hier.

Im Agrarprogramm der Reichsregierung sind auch Zollverhandlungen mit dem Ausland zur Erhöhung der Obst- und Gemüsezölle vorgesehen.

Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues hat auch zur Förderung des Gemüseabfahes die Erhöhung verschiedener Gemüsezölle verlangt. Wir haben zum Südruchtmopol Stellung genommen und unsere Ablehnung mit der für das Inland ungünstigen Versorgungslage begründet.

### Beim Gemüse ist die Versorgung mit Inlandsware günstiger als beim Obst.

Im Jahre 1927 wurden an Gemüse über den Markt (also ohne die Selbstversorgung) herangezogen:

	1 je Kopf der Höhl. Bevölkerung
1,86 Millionen Tonnen aus dem Inlande	34 kg
0,85 Millionen Tonnen aus dem Auslande	9 kg
zu 1,71 Millionen Tonnen	43 kg

Von der Gesamtverbrauchsmenge an Gemüse hat somit das Inland vier Fünftel und das Ausland ein Fünftel geliefert. Diese Anteilshöhe von 1927 waren auch im Jahre 1930 wieder erreicht. Die Auslandsware hat indessen im großen Durchschnitt je 100 Kilogramm den doppelten Wert der Inlandsware. Nach dem Geldwerte gerechnet, entfallen daher von den Gemüseumsätzen nur zwei Drittel auf das Inland und immerhin ein volles Drittel auf das Ausland. Für die Gemüseimporte sind dementsprechend im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rund 115 Millionen Mark an das Ausland gezahlt worden. Diese Einfuhr hat nun den Absatz unserer heimischen Erzeugnisse erschwert; ebenso die Lage der Mehrzahl der deutschen Gemüsegärtner.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist die Gemüse-einfuhr (nach Abzug von 20 Proz. für Warenschwendung) um etwa 40 Proz. = rund 110 000 Tonnen auf insgesamt rund 350 000 Tonnen gestiegen. Der Wert je 100 Kilogramm Einfuhrware liegt im Durchschnitt der Jahre 1926/30 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1911/13 um 60 Proz. höher. Diese Wertzunahme ist, abgesehen von der Geldwertwertung, begründet dadurch, daß die Einfuhrsteigerung ganz überwiegend auf die höherwertigen Gemüse entfällt.

Die Einfuhr von Tomaten ist vier- bis fünfmal höher als vor dem Kriege, die Einfuhr von Blumenkohl hat sich verdoppelt, die Einfuhr von Rosenkohl und Birnling, ferner von Salat und Spinat hat sich jedenfalls um wenigstens ein Fünftel gehoben (genaue Vergleichszahlen liegen nicht vor). In dieser Zunahme der Einfuhr an den höherwertigen Gemüsen spiegeln sich Verschiebungen in der Nachfrage der Verbraucher nach den einzelnen Gemüsen wieder.

Eine entsprechende Umstellung der Inlandsproduktion ist nun zwar in einem gewissen Umfange erfolgt, indessen stehen einer behelfsmäßigen Ausdehnung unserer Erzeugung von feineren Gemüsen und namentlich unserer Blumenkohl- und Tomatenproduktion Hindernisse im Wege. Der Vorrprung der Niederlande hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Glashäusern und ihrer hervorragenden Absatzorganisation wäre nur mit außerordentlichen Mitteln, der Vorrprung Italiens und Frankreichs hinsichtlich ihres subtropi-

schen Klimas ist aller Vorransicht nach überhaupt nicht einzuholen.

Die Inlandserzeugung an Blumenkohl und Tomaten deckt nur etwa ein Viertel des Bedarfs. Hohe Einfuhrzölle auf Blumenkohl und Tomaten zu legen, ist bei dieser Versorgungslage nicht möglich und auch für Gurken, von denen das Inland nur rund drei Fünftel liefert, muß ein hoher Zoll abgeteilt werden.

Dagegen wären bei den grünen Bohnen und Erbsen, beim Salat und Spinat, sowie beim Spargel — d. h. Gemüsearten, die das Inland in ausreichender Menge erzeugt, die doch klimatisch bevorzugte Ausland jedoch vor der Inlandserte zu Spitzenpreisen auf den deutschen Markt bringt — vom Versorgungspunkt höhere Zölle leichter zu ertragen. Sie würden nur einen Zugustonsum treffen; und überdies verschlechtert diese Einfuhr die Wirtschaftlichkeit des Anbaues dieser Gemüse im Inlande. Indessen fallen diese Einfuhren im Rahmen der Gesamteinfuhren doch nur wenig ins Gewicht — es handelt sich um ein Achtel der Mengen und knapp ein Fünftel der Einfuhrwerte — und selbst ihre völlige Aufhebung würde die Gesamtlage des deutschen Gemüsebaues nur in sehr bescheidenem Umfange verbessern. Ernst aber könnten die handelspolitischen Folgen für Deutschland auch hier sein. Daher kann die Förderung unseres Gemüsebaues nicht in erster Linie durch die Mittel der Zoll- und Außenhandelspolitik erreicht werden, sondern die

### Selbsthilfemaßnahmen der Erzeuger müssen im Vordergrund

stehen. Diese Selbsthilfemaßnahmen sind, wie es auch bereits bisher geschehen ist, vom Staat weitmöglichst zu unterstützen.

Die Lage des deutschen Gemüsebaues kann bedeutend erleichtert werden durch planmäßige Förderung einheimischer Produktionszentren, dies bedeutet Massenbau einiger weniger Kulturen in den geeigneten Gegenden, durch Steigerung der Qualität der Erzeugnisse (rationelle Bodenbearbeitung und Düngung sowie Sortenauswahl), durch Ausbau der Lagermöglichkeiten für haltbarere Gemüse, durch Typisierung und Standardisierung der einzelnen Erzeugnisse, ferner durch Schaffung modernster Absatzorganisationen und Verkürzung des Weges zwischen Produzent und Konsument und nicht zuletzt durch wissenschaftliche Marktbeobachtung und Markterforschung.

Eine solche rationelle Förderung des heimischen Gemüsebaues liegt auch im Interesse der Verbraucher. Der Gemüsebau bedarf besonders zahlreicher Arbeitskräfte, kann also zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Auf der letzten „Grünen Woche“ war anschaulich dargestellt, daß auf ein Hektar gärtnerisch genutzte Fläche 3,1 erwachsene Personen gegen nur 1,9 auf anderer landwirtschaftlich genutzter Fläche beschäftigt werden und ferner, daß zur Bearbeitung einer Fläche von ein Hektar im Gemüsebau 1654,3 Arbeitstage, in der Landwirtschaft aber nur 61,3 Arbeitstage notwendig sind! Gerade diese günstigen Möglichkeiten wären durch kurzfristige und eindeutige Anwendung des Zollinstruments nicht zu erreichen.

der übrigen Betriebe, die die Einzelteile für Elbing liefern werden, ermöglicht werden. Die Vormachtstellung von Büffing-NAG im deutschen Lastwagenbau wird dadurch noch gestärkt. Dies Unternehmen unterhält zur Zeit Werke in folgenden Städten: Braunschweig (Büffing), Berlin-Schöneeweide (NAG), Aachen (früher Mannesmann-Wulag), Chemnitz (früher Presto), Leipzig (früher Dux), wozu jetzt noch Elbing kommt. Aber man darf nicht vergessen, daß damit immer erst herzlich wenig für die Zusammenfassung der deutschen Automobilfabrikation getan ist.

### Erhöhter Karstadt-Umsatz.

Die Rudolph Karstadt A.-G. weist für das am 31. Januar beendete vierte Quartal des Geschäftsjahres 1930/31 einen Umsatz von 120,5 Mill. M. (drittes Quartal 94,8 Mill. M.) aus. Damit hat sich der Gesamtjahresumsatz von 403,2 auf 409,8 Mill. M. erhöht. Die Umsatzsteigerung ist aber allein bei den Einheitspreisläden (Epa), deren Zahl sich erhöhte, eingetreten; auf sie entfallen 98,5 Mill. M. (im Vorjahre nur 74,4 Mill.) vom Gesamtumsatz. Der Umsatz der Waren- und Kaufhäuser ist also, trotz der Eröffnung des Hauses in Neufölln, von 328,8 auf 311 Mill. M., um etwa 5 Prozent, zurückgegangen. Da aber gegenüber dem Vorjahre ein nicht unerheblicher Preisrückgang zu verzeichnen ist, so dürfte sich mengenmäßig der Umsatz der Waren- und Kaufhäuser auf der Höhe des Vorjahres gehalten haben.

### Noch höhere Umsätze bei Tieg-Köln.

Der Umsatz der Waren- und Kaufhäuser der Leonhard Tieg A.-G. hat sich von 190 Mill. Mark im Jahre 1929 auf 205 Mill. Mark im Jahre 1930, also um 15 Mill. Mark oder 8 Proz., erhöht. Die Umsatzsteigerung ist auf die Eröffnung neuer Häuser zurückzuführen. In den angeführten Zahlen fehlen aber die Umsätze der Tiegischen Einheitspreisläden (Epa), die vermutlich wie bei Karstadt eine größere Umsatzsteigerung als die Warenhäuser aufzuweisen haben.

### Nahrung ist wichtiger als Kleidung.

#### Einzelhandel und Wirtschaftskrise. — Kleinerer Umsatz, Lager- und Kostenabbau.

Der Umsatz des deutschen Einzelhandels ist nach den Mitteilungen der Forschungsstelle für den Handel im Jahre 1930 um etwa 9 Proz. niedriger als im Vorjahr gewesen. Gegen Ende des Jahres ist eine stark über den Durchschnitt hinausgehende Verschlechterung des Umsatzes eingetreten; im Oktober betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 15,9, im November 22,8 und im Dezember 15,4 Proz. Dabei hat die Zurückhaltung der Käufer in Erwartung des Preisabbaus eine wesentliche Rolle gespielt. Ein Teil des errechneten Umsatzrückganges geht auf die Preisentwertung und auf den Übergang zu Waren geringerer Qualität zurück.

Verhältnismäßig günstig hat, weil das Essen in der Not das Wichtigste bleibt, der Lebensmittelhandel abgeschnitten; bei ihm betrug der Rückgang nur 6,7 Proz., während er bei Bekleidung, Schuhen, Hausrat usw. etwa 11 Proz. erreichte. Bei den Textilwaren sind die Rückgänge bei Herren- und Knabenkleidung doppelt so groß gewesen als bei Damen- und Mädchenkleidung. Sehr interessant ist, daß bei Schuhen ein Rückgang um mehr als 11 Proz., bei Leder kein Rückgang festzustellen wurde; wenn keine neuen Schuhe gekauft werden können, müssen die alten repariert werden! Sportartikel, Schallplatten wiesen naturgemäß noch viel stärkeren Rückgang auf.

Auf diesem Umsatzrückgang hat sich der Handel sehr schnell in seiner Einkaufs- und Lagerpolitik eingestellt. Zweifellos ist eine Verkleinerung der Lagerhaltung eingetreten.

Die Kosten sind erst im Laufe des Jahres geringer geworden. Während die Gesamtkosten des Jahres 1930 nur um 1,5 Proz. niedriger als im Vorjahre waren, erreichte der Rückgang im Dezember doch schon 7,7 Proz., blieb allerdings — was unvermeidlich ist — hinter dem Umsatzrückgang von 15,4 Proz. stark zurück. Auch die sogenannten fixen Kosten (die für gewöhnlich unabhängig vom Umsatz sind) sind gesunken.

Daß diese krisenhafte Entwicklung der Umsätze die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren wesentlich erhöhte, ist nur natürlich.

### Schwankungen der Fleischhandelspreise.

Nach dem Wochenbericht der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen sind die Vieh- und Großhandelspreise für Schweine, Kalb- und Hammelfleisch in der Woche zum 22. Februar gestiegen. In den Kleinhandelspreisen haben sich zugleich frühere Preisentwertungen im Großhandel jetzt etwas weiter ausgewirkt. Infolgedessen ist die in der Woche zum 15. Februar besonders hohe Preispanne bei Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch wieder zurückgegangen, während sie bei Rindfleisch stabil blieb. Die Spanne zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen hat sich insgesamt gegenüber der Vormwoche von 24,4 auf 20,4 Pf. wieder verringert.

Die Kohlenkonjunktur im Januar. Am Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenfondat ist im Januar die Förderung von 8,50 auf 8,45 Millionen Tonnen gesunken, die arbeitsmäßige Förderung ist gegenüber Dezember von 347 016 auf 331 573 Tonnen zurückgegangen. Der Gesamtabsatz wird mit 3,72 Millionen Tonnen (gegen 5,80 Millionen im Dezember) angegeben; davon gingen 2,98 Millionen Tonnen (2,88) nach dem befristeten und 2,73 Millionen Tonnen nach dem unbefristeten Gebiet.

Der Kredit für die Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Stuttgart. Die Firmen Siemens, AEG, Bergmann und Bronn-Poverl, die bekanntlich die Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Stuttgart ausführen werden, haben jetzt einen mehrjährigen Kredit in Höhe von etwa 80 Millionen Mark erhalten. Zu den kreditgebenden Banken gehören die Schweizerische Kreditanstalt, die Stockholmer Enskildbank, Warburg u. Co. und Mendelssohn. Der Zinsfuß soll 7,5 Proz. betragen.

Papierdividenden im Hartmann-Konzern. Die Aufsichtsräte der Dresdener Chromo- und Kunstpapierfabrik A.-G., Weidenau und der Papierfabrik Krappitz A.-G. Berlin haben beschlossen, für 1930 den Generaldividenden Fondenden von 7 gegen 8 Prozent im Vorjahr herabzusetzen.

Der Kunstseidenfabrik der Fernberg A.-G. ist im Geschäftsjahr 1929/30 natürlich nicht um, wie es im Nr. 89 unseres Blattes unter „Ein Einverständnis“ hieß, sondern auch 45,5 Mill. Mark (Vorjahre 55 Mill. Mark) zurückgegangen.

### Noch mehr Arbeitslose.

#### Enttäuschung in Berlin und Brandenburg. — Frostwetter als Ursache.

Die letzte Hoffnung, daß die in der zweiten Januarhälfte eingetretene Besserung der Zahl der Arbeitsuchenden um rund 2400 Personen für Berlin und Brandenburg eine Wendung zum Besseren bedeutet, ist enttäuscht worden. Das Landesarbeitsamt Brandenburg meldet, daß sich die Zahl der Arbeitsuchenden in seinem Bezirk vom 1. bis 15. Februar wieder um 25 422, also recht beträchtlich vermehrt hat. Als Hauptursache sei das anhaltende Frostwetter anzusehen, das insbesondere auch die Landwirtschaft bei der Nachfrage nach Arbeitskräften hinderte. Auch im Baugewerbe hat aus den gleichen Gründen die Befüllung des Arbeitsmarktes zugenommen. Das gleiche gilt aber auch für die Berliner Metallindustrie; nur bei der Autoindustrie zeigte sich eine leichte saisonmäßige Besserung. Bei den Angestelltenberufen hat sich die Lage weiter verschlechtert, nicht zuletzt durch den Abbau der für die nächsten Wochen einzustellenden Aushilfskräfte.

Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich in Brandenburg auf 708 089. Davon kamen aus Berlin 486 676 gegen rund 467 000 Ende Januar. Hauptunterstützungsempfänger waren 321 914, in der Reichsversicherung waren 129 712 Personen.

### Held-Franke endgültig pleite!

Der Aufsichtsrat der Industriebauhelden-Franke A.-G. hat beschlossen müssen, beim zuständigen Gericht den Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zu stellen. Die Zahlungen sind eingestellt. Damit hat die Ende vorigen Jahres mit soviel Theatralik vorgenommene Sanierung mit einem völligen Mißlingen geendet. Man erinnert sich, daß damals die besten Bilanzierungsmethoden offenbar wurden, die jahrelang die schlimmste Verlustwirtschaft eines äußerlich glänzenden Unternehmens verbargen. Demals kündigte auch der jetzige Großaktionär, der Sachverständige des Stahlhelms, Dr. Lübbert von der A.-G. für Verkehrswesen, eine Schadensersatzklage gegen den früheren Besitzer der Industriebauhelden-Aktien, Ludwig Kagenellenbogen vom Schultheiß-Ölwerke-Konzern, an, ohne daß man weiteres in zwischen erfahren hätte.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß Dr. Lübbert die Entwicklungsmöglichkeiten der Industriebauhelden weit überschätzt und die Sanierung mit ungenügenden Mitteln unternommen hat. Da die Schuldner wider Erwarten (!) schlecht gezahlt haben, da der Baumarkt keine Besserung aufwies, sei der von den Banken eingeräumte Sanierungskredit, der inzwischen sogar erhöht worden sei, erschöpft ohne daß die Gesellschaft wieder flott geworden sei. Wenn Dr. Lübbert beim Aktienkauf übers Ohr gehauen wurde, so hat er jedenfalls bei der Sanierung nicht sehr viel Beistand

gewiesen. Da für die A.-G. für Verkehrswesen neue Verluste aus der Zahlungseinstellung bei Industriebau entstehen werden, ist der Kurs ihrer Aktien in den letzten Tagen erheblich gefallen, gestern sogar gestiegen gewesen.

### Baumarkt im Januar weiter verschlechtert. Halbierter Zementabsatz.

Die Lage am Baumarkt verschärfte sich im Januar nach den Feststellungen des Bauwerksbundes weiter. Die Arbeitslosigkeit ist von 64,8 Proz. auf 72,9 Proz. gestiegen. Die Zahl der in Arbeit stehenden Bauarbeiter ist um fast 40 Proz. geringer als im Vorjahr und bleibt sogar um noch mehr als 20 Proz. hinter denjenigen des so außergewöhnlich kalten Januar 1929 zurück. Auf dem Lande sind die Beschäftigungsverhältnisse noch trostloser als in den Städten. Wenn man es im Frühjahr nicht zu einer Krise von noch nie gesehenem Ausmaß kommen lassen will, wird nichts anderes übrigbleiben, als die übertriebene Fortnahme von Hauszinssteuermitteln wieder rückgängig zu machen oder dem Baumarkt aus anderen Quellen dreistellige Millionenbeträge zu Borgzinsen zur Verfügung zu stellen.

Die ganz außerordentlich schlechte Lage der Bauwirtschaft läßt sich besonders deutlich daran erkennen, daß der Absatz der Zementindustrie im Januar 1931 auf 164 000 Tonnen gefallen ist und sich somit gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, der einen Verbrauch von 315 000 Tonnen brachte, fast genau halbiert hat.

### Büffing-NAG in Elbing.

Obwohl die Stadt Elbing hohe Kredite hergegeben hatte, ist die Automobilfabrik Komnick A.G., Elbing, in Konkurs gegangen. Jetzt hat das einzige Unternehmen, das in Deutschland etwas für die Zusammenfassung der zersplitterten Lastwagenproduktion tut, die Büffing-NAG-Bereinigte Lastkraftwagen A.G., Braunschweig, mit der Stadt Elbing einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie etwa die Hälfte des bisherigen Komnick-Werkes übernimmt. Sie wird darin eine große Reparatur- und Montagewerkstatt für ihre eigenen Fabrikate errichten, zugleich übernimmt sie die Fabrikation von Komnick-Ersatzteilen, damit die zahlreichen Besitzer von Komnick-Lastwagen und -Traktoren beliefert werden können.

Die Büffing-NAG, in der seit dem 1. Januar die Lastwagenproduktion von Büffing und der Rationalen Automobil-Gesellschaft vereinigt ist, dürfte sehr billig zu diesem neuen Betrieb gekommen sein, da die Stadt Elbing froh sein muß, wenn sie einen Teil der geopferten Gelder wieder hereinbekommt; außerdem muß ihr die Errichtung dieser neuen Werkstatt aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik sehr erwünscht sein. Für Büffing-NAG ist natürlich die Gewinnung einer Produktionsstätte im Osten außerordentlich wertvoll; da diese nur als Montagewerkstatt geplant ist, wird dadurch eine bessere Beschäftigung

# Gerdland: Heimweh im Wartesaal...

Junge Leute wandern nachts durch die erschreckend hohen, fahlen Bahnhofsballen, starren in die Wirris der Glais, studieren mit einer verblüfften Eindringlichkeit die Anschlagtafeln und setzen sich in die Wartesaale und warten. Junge Leute schlendern verträumt, einsam an den Bahnsteigen vorbei, das Tappen ihrer Schritte hallt wider von den gläsernen Wänden. Sie lieben diese stillen, unheimlich ruhigen Nachstunden der gigantischen Bahnhöfe in der steinernen Stadt. Immer wieder treibt es sie her mit vehementer Gewalt. Sie bleiben aber nicht lange. Sie hocken, bewacht von einer grenzenlosen Einsamkeit, vor einer Tasse fettiger Brühre, einem Glase schalen Biers. Sie gehen bald, die jungen Leute, gehen mit einem Kopfschütteln über sich selbst. Sie sind Kaufleute, Stenotypistinnen, Schauspieler oder Arbeiter, sie stehen im Erwerbaleben, und dies Leben rührt sie hart an, verschönt sie nicht mit feiner jermärkender Hast. Sie bewohnen möblierte Stuben mit Plüschmöbeln und Nippesfiguren aus der Kommode, sie haben eine Kinofreundin oder einen Sonnabendnachmittags-Ausgehrer, sie haben Tanzpartner oder besuchen heftig und ungestüm politische Versammlungen. Deshalb haben sie keine Zeit zum Grübeln, für Heimweh. Sie paden das Leben tüchtig an, und ihre Briefe an „zu Hause“ sind geladen mit Zuversicht, vollgepumpt mit Vertrauen und Hoffnung, gesättigt von Laune und Energien. So, ihre Briefe.

Da sitzen sie feierabends in der möblierten Stube, irgendwo krakeelt ein Grammophon eine äde Gassenhauerlied, nebenan leist ein altes Weib, ein Baby jammert, und jenseits des Hofes, hinter einer knallgelben Gardine, bewegen sich die Schatten von Liebenden. Sie aber sind ganz allein. Die Trostlosigkeit des ausichtslosen Daseins überfällt sie in solchen Stunden, und sie nehmen Papier und

Feder und Tinte und schreiben an die Eltern und Freunde in der Heimat, an die Geschwister und an den Vetter. „Mir geht es nach wie vor gut...“ „Wenn nur der Dienst weniger anstrengend wäre...“ „Aber ich trage mich ja mit der Absicht...“

Und dann, mitten beim Briefschreiben, ist es plötzlich wieder da! Es steht am Tisch, und es liegt wie Mader über den guten Stücken der Stenotypistinnen. Es ist da, es grinst herab von den namenlos fremden Familienbildern an der Rankentafel, es krakeelt blechern und rasselnde aus dem fremden Grammophon. Es drückt dem jungen Menschen den Hut auf den Kopf, wirft ihm den Mantel über, es ist da und laßt ihn an der Hand, es führt ihn die Treppen hinauf, die Straße hinaus, geradeswegs in die Bahnhofsballen.

Was denn? Das Heimweh! Sie sitzen nachts an den gedeckten Tischen der Wartesaale erster und zweiter Klasse. Auf den Tischen stehen Brehglasasen mit sächerlichen Papierblumen. Die Oberkellner bewegen sich wie aufgezogene, automatisch betriebene Wachfiguren. Es ist ganz still, unheimlich still, der nächste Zug läuft erst in einer Stunde ein. Das Bonbonkräuteln lächelt traurig.

Aber diese Stille tut den jungen Leuten wohl. Sie denken daran, daß sie ja nur in einem Zug zu steigen brauchen, morgen oder in einer Woche oder in einem Jahr, um nach Hause zu kommen. Und plötzlich tauchen wieder Altendackel vor ihnen auf. Kladden oder Kullissen, Gesichter der Chefs und Kollegen. Dann gehen sie kopfschüttelnd über ihre „sentimentalen Anwandlungen“ heim, in ihre Stube, in der ein angefangener Brief liegt, den man sofort zerreißt.

## Iwan Heilbut: Der Mann, der sein Bier trank

„Ich lebe,“ sagte der Mann, der sein Bier trank und mit dieser Anrede unsere Bekanntschaft eröffnete, „aber — wissen Sie auch, daß ich ebenfogut tot sein könnte?“

„Nein, wie sollt ich das wissen?“ antwortete ich. Wir standen uns in einer Stehbierhalle gegenüber.

„Doch,“ sagte er. „Dann schweig er für eine Weile. Und begann wieder:“

„Das ist eine Eigenlärmlichkeit vom Gerichtssozialzieher,“ sagte er, „daß alle Leute, die mit ihm zu tun haben, ihn ernst... und alle Leute, die nichts mit ihm zu tun haben, ihn komisch nehmen.“

„Das ist richtig.“

„Ja,“ sagte er. „Ich habe nämlich ein kleines Mädel, fünf Jahre, und 'ne Frau. Das nebensel. Wie nun der Gerichtssozialzieher kam, war uns allen klar, daß der große Dreh kommen mußte, sonst — Gashahn. Sie kennen doch die Sache mit dem großen Dreh? Es gibt Menschen, bei denen kommt er immer, und es gibt andere, bei denen kommt er nie. Ich hatte nämlich einen Papierladen, das war ein komischer Laden, müssen Sie wissen. Entweder bei uns in der Gegend schreiben die Leute keine Briefe... oder die besch... Wirtschaftslage überhaupt. Also der Laden hatte den Dreh in der verkehrten Richtung gemacht. Da mußte nun ein Doppelreh kommen, um ihn wieder richtig zu kriegen — den Laden. Zuerst ging ich auf die Wohlfahrtsbehörde, aber das mit der Wohlfahrtsbehörde dauerte anfangs lange, Herr, und die Beamten sagten: Immer der Reihe nach... Da haben sie recht, ich würde es schließlich genau so machen. Wissen Sie, ein Wohlfahrtsbeamter, der seine Sache mit Gefühl anfaßt, der mich ja nach vierzehn Tagen 'ne Leiche sein. Also auf die Leute da kommt' ich nicht warten. Da ging ich nun zur Darlehnskasse, wozu ich sie da, hab' ich zu meiner Frau gesagt, wenn sie mir beizugehen will. Nicht? Den Laden hatte ich noch, müssen Sie wissen, aber es wurde darin nicht verkauft, er war fogar geschloffen. Ein Brotgeschäft wollt' ich nun aufmachen, Herr, denn Brot essen die Leute auch bei uns in der Gegend, wenn sie auch keine Briefe schreiben. Ich hab' an's Vaterunser gedacht, da steht schon geschrieben: Unser täglich Brot... und das ist richtig. Aber daß ich zur Darlehnskasse gegangen bin, das war am Ende wieder ganz falsch gewesen. Dies stellte sich aber erst nachher heraus. Nämlich die Wohlfahrtsbehörde legte nun einfach meine Akte beiseite, weil ich nun ja anderweitig versorgt werden sollte. Versorgt werden, ja... Für die einigen hundert Mark, die ich haben wollte, mußte ich zuerst einen Bürgen beschaffen. Ich kannte aber keinen — und erst nach einhalb Monaten kam ich an einen Mann, der sich zu vernünftigen Bedingungen bereit erklärte. Seine Bedingungen waren aber nur deshalb so vernünftig, weil er selber immer besoffen war. Nächsterne Leute haben dagegen nun wieder verrückte Bedingungen... es ist nichts vollkommen auf Erden, Herr... Meine Sache kam jedenfalls richtig in Fluss. Die Darlehnskasse sagte endlich Amen, und statt des Gashahns wurde nun der Laden aufgemacht. Zuerst an einem Freitagabend, von halb sieben bis sieben. Ich wollte mich bloß erst auf den Schreck vorbereiten, bloß mal sehen, ob wohl innerhalb einer halben Stunde ein Kunde käme. Herr, in dieser halben Stunde hatte ich einen größeren Umsatz als in dem Papierladen, seligen Andenkens, während eines Monats. Ich konnte gar nicht dran glauben, daß das mein eigener Laden war, in dem mit einem Mal so viele Leute kamen. Ich hatte, das muß ich schon sagen, 'ne mächtige Angst vor soviel Glück. Am Sonnabend mußte sogar meine Schwägerin mitbeisessen beim Bebekken, so strömte es bei uns herein: wir hatten 'n Umsatz von hundertfünfzig Mark... An einem Tag! Was sagen Sie?“

„Ja, gerettet, Herr.“

Wie der Brotladen so 'ne Woche in Betrieb ist, kommt ein Schreiben von der Darlehnskasse an, ich sollte mal gleich hinfommen zu Herrn Oberregierungsrat Soudo. Na, ich denn auch hin und ohne nichts Gutes. Ein solches Gewissen hatte ich nicht — aber wenn Beamte einen geschätzten Menschen einladen, daß er sie besuchen soll, da kommt niemals was Besonderes bei heraus. Wichtig, kaum bin ich da, gibt es Krach. Angschmarz haben sie mich — jamohl, mit Pöfanten aus allen vier Richtungen, aber das waren keine Engel, die bliesen. Sie brüllten mir zu, daß ich ihr Vertrauen mißbraucht hätte, daß ich... Wie, meine Herren? träge ich ganz ruhig. — Da kam nun heraus, daß ich mein Darlehen, die dreihundert Mark, zu Unrecht erhalten hätte — weil ich nämlich in Wirtschaftlich noch nicht an der Reihe gewesen wäre. Aber da war irgendwas unter den Akten noch ein Namensvettel von mir, den ich gar nicht kannte. Sie hatten mich also verwechselt. Und ich hätte von Rechts

wegen noch zwei oder drei Monate warten müssen — nicht auf das Geld, sondern erst einmal auf Bescheid. Zwei oder drei Monate, Herr... wo wären ich, meine Frau und mein Mädel da wohl gewesen...“

Aber nun hatte ich ja mein Geld dahin, der Laden war in Betrieb, jamohl, weil die Beamten einen so schönen Bodnist gemacht hatten und mich mit meinem Namensvettel verwechselt... Das heißt, wie ich die Sache anfaß, war das gar kein Bodnist, oder: was dem einen sein Bodnist ist, das ist dem anderen sein Gold. Aber mir wurde, als ich den Zusammenhang begriff, ganz anders, Herr... ganz klar, ganz komisch zu Mut wurde mir. Was waren das für zufällige Umstände, nicht? denen ich mein Glück nur verdankte. Ich ersuchte den Herrn Oberregierungsrat denn auch, einzusehen, daß durch diesen zufälligen Fehler in seinem Bürotrieb drei Menschen am Leben geblieben waren; und ich ersuchte ihn, sich selber und seinen Beamten keine Barmärze weiter demogen zu machen, sondern sich lieber über diese Sache zu freuen. Und da ich das ganze besch... Darlehen in wenigen Monaten ja bereits abbezahlt haben würde, so käme ja keiner zu Schaden, nicht?“

Aber der Mann kannte das nicht kapieren, Herr — warum, weiß ich nicht. Er schimpfte weiter, und dann ging ich nach Haus. Ich war gerade in diesen Tagen ganz nach dem gewiesen, wieder in die Kirche einzutreten, weil mir der große Dreh wie eine Fügung Gottes erschienen war; meine Frau hatte sogar einen Extravers für die sieben guten Beamten an der Darlehnskasse im Nachtgebet meiner Kleinen eingelegt... Na, ich bin nicht in die Kirche eingegangen und meine Frau hat den Bers wieder gestrichen.

„n komischer Fall, nicht? Wäre alles bei der Kasse richtig und seinen Weg gegangen, dann hätte in diesen Tagen wohl 'ne kleine Notiz in der Zeitung gestanden: Schreckliche Familientragödie eines Papierwarenhändlers wegen Rohrungslegen. — Nun steht viellecht so 'ne kleine Notiz in irgend 'nem Blatt, die sich auf meinen Namensvettel bezieht — Sie wissen doch, das ist der, der noch drei Monate anstatt meiner warten soll. Zertüschlicherweise bin ich noch am Leben und trinke mein Bier. Ich darf gar nicht lange über die Sache und an meinen Namensvettel denken, ich bin immer gleich ganz verballert. Ihnen kommt das alles viellecht gar nicht so wertwürdig vor?“

„Na, Prost!“

## Peter Panoff: Fasching in sibirischen Wäldern

Jedesmal, wenn die Fuchslings-Epidemie im Februar bei uns ausbricht, hört sie nicht auf, bevor der ganze Kontinent rotfahel angefleckt ist. Erst bei den letzten Anhebungen an der ural-sibirischen Grenze macht sie halt und kann nicht weiter. Da liegen nahe beieinander drei, vier schuldlich-permjatische Dörfer. Dicht hinter diesen Dörfern nach Norden und Osten beginnt das großartigste Waldmeer, das man sich denken kann. Es breitet sich nach Norden bis zu den Lunden der Samojeden, nach Osten zum Ural hin durch den entlegenen Usherbündchen Kreis des Gouvernements Perm. Weltvergessen stehen die Dörfer am Rande dieses blauen Ozeans, aber auch da tobt die Faschnacht-Stimmung ebenso stark, ja, viellecht noch stärker als bei uns. Die ungebändigte Wildheit dieser nur an Braga und Wodka denkenden Kinder einer harten Natur ist gepaart mit Gutmitigkeit, Lebensfreude und mit einer allgemeinen Verunmüherung, die für unsere Begriffe direkt unmöglich ist. Obwohl die hier Mitte Februar übliche Temperatur von minus 50 Grad nicht gerade angenehm ist und man die „Festfotale“ nicht besonders glanzvoll nennen kann, sind diese Vermissten und Tschuden in der Faschnachtszeit restlos glücklich.

Zwei Tage vor der Maslerija (Faschnacht) stehen die Männer aus dem Walde, wo sie im Holzschlag arbeiten, beim. Schon unterwegs gefingt es ihnen, sich gründlich zu betrinken. Wenn sie in solchem wackigen, unsauberen und stark verduhrten Zustand die geheiligte Türschwelle ihrer Behausung betreten, werden sie oft von der Hausfrau mit den üblichen Worten „Waldgeist!“ oder „Du dreimal Verfluchter!“ begrüßt. Bei uns wäre eine solche Titulierung eine grobe Beschimpfung, dort klingt sie wie eine Liebesding, denn man darf nicht vergessen: hier registern die Frauen, weil Männer und Bierde dauernd im Walde sind.

Wenn die erste jährliche Begrüßung überstanden ist, beginnt der Chemann Toketz zu machen. Diese besteht aus einem Dampfbad und dauert gewöhnlich bis zum Abend. Dann geht es aber im Laustempo nach der Schankstube. Die hier überaus starke Braga — eine Art Gebräu aus Gerstenmalz und Hopfen — wird von den Weibern unaufhörlich kredenz, dazu lauschen Batterien von Wodkaflaschen auf. Nach einer Weile beginnen die Weiber zu tanzen. Es ist ein fast unheimliches Bild, wie die kleinen, häßlichen, oft Geschöpfe in Fest-Schmuck und Sarafan auf den Lindenbänken plump hüpfen, ein festes Lächeln auf den tierischen Zügen,

den Lakt mit geschwungener Faust maskierend. Aus ihren heißen Rehen bringen seltsame Lieder, deren drastische Wortlaut man kaum beschreiben kann. Diese Weiber können sich nicht genug tun in den gemogtesten Bodsprüngen. Alle Augenblicke folgt mit stark verschobenen Schwerpunkt ein neuer Festgenosse herein. Schließlich ein letztes Laumeln und der eine oder die andere stürzt nieder. Dann schließt man sie an den Beinen in einen Winkel und Tanz und Gesang gehen weiter.

Während die „reifere Jugend“ sich in denartigen Wäldern bewegen ergötzt, feiert die junge Generation abseits ihren Faschnachtsball.

In der größten Izhä (Wohnstube) des Dorfes drängen sich die langstümmigen Mädchen zusammen. Auf den Bänken sitzen Kavaliers im Schafspelz, hohen Filzstiefeln und zottiger Pelzmütze — Kiefernleute. Die Mädchen eröffnen den Tanz. Sie schreiten im Reigen, im Gänsemarsch hintereinander und singen wohlklingende, träumerisch monotone Lieder. Von den Ofendrettern schauen die kleinen, sehr niedlichen Kinder wie Engelsköpfe auf die Erwachsenen herab. Dann tritt der Reibe nach je ein Bursche in die Mitte, des Reigens ein und bleibt auf einem Schmel stehen. Die Mädchen reihen im Vorbeigehen dem Burschen ihre bunten Kopftücher, singen und loben ihn so lange, bis er einer jeden mit einem Kuß das Tuch wiedergibt.

Am Tage der Maslerija legen die jungen Leute an Stellen Abhang des Dorfes eine eigenartige Aufschbahn an. Wie ein Ehrenbahngleis laufen, parallel aneinandergelegt, dünne Kleferstämme auf dem Boden entlang, die an der Oberseite entrinde und durch Uebergießen mit Wasser lyegeiglast gefroren sind. Auf je ein Gleis tritt ein Bursche und ein Mädchen, die Fußspitzen einander zugelenkt, reihen sich die Hand und kausen auf den glatten Stangen gleitend mit Schnellzuggeschwindigkeit talab. Derters werden bei solcher Gelegenheit Arme und Hüfte gebrühen. Es gehört große Übung zu diesem Wogestück, das mit der größten Kühnheit immer und immer wieder ausgeführt wird. In den Pausen trinkt man fischchenweise Wodka und isst Salz, einen etwas überreichenden, gedörten Fisch aus der Fetichora, mit Bling und Schangy, einem wohlschmeckenden pufferartigen Gerstengräd.

Die Konjunktur der Feiertage nützen am meisten die handel-treibenden Tataren aus, die gruppenweise hierher kommen, um den betrunkenen Bauern ihre nicht ganz einwandfreien Pferde zum Kauf anzubieten. Diese Kinder Mohammeds sind lustig und ausgefallen und trinken besonders gern, wenn sie sich fern von der Judstrule des gestrengen Wollah befinden. Mohammedaner und Christen springen vergnügt zu den schmissigen Klängen der Harmonika und stampfen die Nationaltänze Trépal und Kamárinsti. Der elige Wind geht bis ans Mark, die Nase brennt wie Feuer, und um den Schnurrbart legt sich der dicke Reif wie Blei, aber niemand will sich zurückziehen.

Am Sonntag ist der letzte Akt der Maslerija — das Spazierenfahren auf der Dorfstraße. Die Besetzung bei der langen Dämmerung mit den Reifern auf den violett getönten Schneeflächen macht diese Fahrten sehr reizvoll. Ein- und Zweifänner voll Burschen und Mädchen fahren die Dorfstraße auf und ab und singen aus voller Kehle: „Ach, du Winter, Winterchen, warst gar kalt.“

Den nächsten Tag nennt man „reiner Montag“, denn alles dämpft sich in den Badestuben und reinigt Leib und Seele. Die Fuchslings-Epidemie ist aus und es beginnen nun die großen Fosten und die strenge Arbeit.

## Mensch und Menschenaffe

In der ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Konstitutionslehre hielt Dr. Hans Weisert, Votsdam, einen Vortrag über seine Forschungen auf dem Gebiete der Abstammungslehre, die demnachst in einer größeren Arbeit veröffentlicht werden. Ausgehend von der Auffassung Haeckels, der sich noch sehr vorsichtig über die Nähe der Verwandtschaft zwischen Menschenaffen und Mensch ausdrückte, stellte er zunächst fest, daß heute diese nahe Verwandtschaft als durchaus erwiesen angesehen werden müsse. Während kurz vor dem Kriege allgemein die Ansicht von Kaaßch vertreten wurde, daß die verschiedenen menschlichen Rassen auf verschiedene Affenarten zurückzuführen seien, daß also eine mehrmalige Menschwerdung an verschiedenen Stellen der Erde stattgefunden habe, kommt Dr. Weisert zu dem Ergebnis, daß die Menschwerdung einmalig gewesen sei und die Rassen sich später entwickelt hätten. Seine Untersuchungen gingen darauf hin, festzustellen, ob etwa eine engere Verwandtschaft des Menschen mit einer bestimmten Affenart bestehe. Um dieses festzustellen, suchte er nach einem Merkmal, das zwei Eigenschaften aufweist: 1. es darf als Organ keine Funktion erfüllen, wie etwa Arm oder Fuß, ein solches könnte bei Umweltsveränderungen Abänderungen erfahren haben; 2. es muß, wenn die Träger der Erboigenschaften (Chromosomen) einmal umgestaltet sind, ohne Ausnahme immer wieder auftreten. Ein solches Merkmal fand er in der Stirnhöhle über dem Nasenbein (sinus frontalis). Diese Stirnhöhle bildet sich beim Menschen erst in der Entwicklungszeit. Sie findet sich nicht bei Gibbon und Orang-Utang, die damit aus der unmittelbaren zum Menschen gehörigen Reihe ausscheiden, sie tritt aber auf beim Gorilla und Schimpanse. Die Forschungen gingen dahin, zu prüfen, ob noch engere Beziehungen einer dieser beiden Affenarten zum Menschen nachzuweisen sind. Auch dafür ergaben sich Anhaltspunkte. Die Verlegung der Augen von der seitlichen Stellung, durch die das Tier zwei Blinder der Außenwelt aufnimmt, nach vorn ermöglicht es dem Menschen, ein einzelnes Bild zu gewinnen. So wichtig diese Umformung für die Entwicklung der Intelligenz war, so förderlich war es andererseits, daß sie nicht so weit ging, wie bei den Menschenaffen, die darin den Menschen überholt und damit das Blickfeld eingengt haben. Bei Prüfung der Augenstellung ergibt sich, daß der Orang-Utang durch die nahe Stellung seiner Augen als unmittelbarer Verwandter des Menschen ausscheidet (Anzahl der Anordnungsbreite 33); ihm am nächsten steht der Gorilla (Anordnungsbreite 35); ihm am nächsten der Schimpanse (3. 25, der Mensch 24). Die Zahl ist beim Gorilla so hoch, weil da die Größenverhältnisse missprechen. Bestätigt werden diese Feststellungen weiter durch eine Gegenüberstellung der Somerzellen. Die des Schimpanse sind bei 100facher Vergrößerung noch nicht von denen des Menschen zu unterscheiden. Auch eine Blutuntersuchung ergab weitgehende Uebereinstimmung. Dr. Weisert ist der Ansicht, daß das fehlende Glied zwischen Affen und Mensch, noch früher Abzweigung des Orang und späterer des Gorilla als gemeinsame Stammesform von Schimpanse und Mensch zu suchen sei, und er glaubt weiter, daß es bereits vorliege im Pithecanthropus, dem Affenmenschen von Java, der lange Zeit als noch nicht menschliche Form beurteilt wurde. Dieser Schädel ist charakterisiert durch große Länge bei geringer Höhe. Der später aufgefundenen Pekingschädel (Sinanthropus) sei nahezu von gleicher Form, aber in der Höhe bereits etwas darüber hinaus und höhere sich damit der Form des Neanderthalmenschen. So ergäbe sich in den Schädelformen eine Linie vom Pithecanthropus über den Sinanthropus zum Neanderthaler.

Maria Krusche.